

Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen. Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

1. Materielle Ausgangslage in beiden Teilen Deutschlands
2. Alliierte Reparationsplanung und -politik bis 1948
3. Die Durchführung von Demontagen und Reparationen
4. Versuch der zahlenmäßigen Abschätzung der Gesamtbelastung Deutschlands mit Reparationen und sonstigen einseitigen Leistungen

Literatur

Zusammenfassung

1. *Materielle Ausgangslage in beiden Teilen Deutschlands*

Im Unterschied zum Ersten Weltkrieg hörte das Wirtschaftswachstum in Deutschland mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht auf. Vielmehr stieg das Sozialprodukt offenbar bis 1943 noch an,¹ was immer das angesichts der rasanten Zunahme der Kriegsausgaben bedeutet. Klar ist auch, daß die Industrieproduktion in Deutschland weiter gesteigert wurde – von 1938 bis 1943 um fast 20%, wobei sie 1944 annähernd auf dem erzielten Niveau verharrte.²

Dieses Wachstum wäre ohne Beiträge der von Deutschland besetzten Gebiete undenkbar gewesen. Diese wurden hauptsächlich in drei Formen geleistet: Zunächst ist der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte zu erwähnen. Während 1940 rund 1,1 Millionen Kriegsgefangene und fremde Zivilarbeiter in der deutschen Wirtschaft beschäftigt wurden, waren es 1944 gut 7,1 Millionen, wovon auch diejenigen mit zivilem Status häufig zwangsrekrutiert waren. Bis 1941 war mehr als die Hälfte von ihnen in der Landwirtschaft tätig, danach verschob sich der Ausländereinsatz zunehmend in Richtung Industrie. So waren z. B. über 30% aller im November 1944 in der Flugzeugindustrie Beschäftigten Ausländer.³ Insgesamt muß festgestellt werden, daß in der deutschen Wirtschaft der größte Teil der zur Wehrmacht Einberufenen durch Ausländer ersetzt wurde, was eine unverzichtbare Voraussetzung für die hohe

1 A. S. Milward, *Der Zweite Weltkrieg. Krieg, Wirtschaft und Gesellschaft 1939–1945*, München 1977, S. 103.

2 R. Wagenführ, *Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945*, Berlin ²1963, S. 191.

3 Milward, S. 225 ff.

Produktion während des Krieges gewesen ist. Der zweite wesentliche Beitrag der besetzten Länder bestand in Lieferungen von Nahrungsmitteln, Rohstoffen, darunter auch Engpaßmaterialien wie Manganerz, und Industrieprodukten, vor allem industriellen Verbrauchsgütern nach Deutschland, deren Gegenposten im wesentlichen nur ein Anwachsen der deutschen Clearingverschuldung darstellte. Allein bis März 1944 beliefen sich diese faktisch unbezahlten Sendungen auf mehr als 20 Milliarden Reichsmark. Dazu kamen drittens die in den besetzten Gebieten selbst von der Wehrmacht und anderen deutschen Stellen beanspruchten Leistungen, die, als Besatzungskosten erfaßt, andernfalls der deutschen Wirtschaft hätten entzogen werden müssen, was mit Sicherheit deren produktive Fähigkeit entscheidend vermindert hätte. In der Summe wurden von Deutschland bis zum Frühjahr 1944 an erfaßbaren Leistungen real 85 bis 90 Milliarden Reichsmark aus den besetzten Gebieten in Beschlag genommen, was ungefähr einem Achtel der Deutschland während des Krieges bis dahin zur Verfügung stehenden Menge an Gütern und Leistungen entsprach.⁴ Und darin gingen die Leistungen der ausländischen Arbeitskräfte nur mit den geringen Beträgen ein, die sie von ihrem Lohn in ihre Heimatländer zurückschickten.

In der Tat leisteten die besetzten Länder Europas demnach einen sehr bedeutenden Beitrag zur Aufrechterhaltung der deutschen Kriegswirtschaft und zu ihrem weiteren Wachstum auch noch während des Krieges. Nicht zuletzt legitimierte die damit verbundene Ausbeutung durch Deutschland ihre Reparationsforderungen nach dem Krieg in höchstem Maße. Allerdings entwickelte sich die deutsche Industrieproduktion in ihren einzelnen Zweigen in der Kriegszeit ganz unterschiedlich, wie die folgende Tabelle zeigt:⁵

Tabelle 1: Deutsche Industrieproduktion 1939–1944 nach Gruppen (Index 1938 = 100)

	1939	1940	1941	1942	1943	1944
Insgesamt,	106	102	105	106	119	117
darunter:						
Grundstoffe	110	111	129	129	137	116
Rüstungsgerät	125	220	220	320	500	625
Bauten	98	64	53	36	31	27
Investitionsgüter	115	109	120	121	112	80
Verbrauchsgüter	100	95	96	86	91	86

Ins Auge springt, wie nicht anders zu erwarten, eine enorme Steigerung der Produktion von Rüstungsgerät. Diese verfünffachte sich im Verlauf des Krieges, wobei die eigentliche Aufgipfelung erst seit 1942 unter der

⁴ Vgl. zum Vorhergehenden C. Buchheim, Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs. Ein Bericht der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft (Dokumentation), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 34, 1986, S. 117 ff.

⁵ Wagenführ, S. 191.

Regie des Rüstungsministers Albert Speer erfolgte. Dagegen verminderte sich die Produktion der Bauindustrie, was angesichts des Krieges ebenfalls als normal anzusehen war. Diese sank zwischen 1938 und 1944 auf ein gutes Viertel. Gleichzeitig wurden durch den an Schärfe zunehmenden Bombenkrieg aber zahlreiche Gebäude vernichtet oder schwer beschädigt. Zerstörung von Bausubstanz und gewaltiger Rückgang der Bauproduktion über mehrere Jahre hinweg verursachten denn auch eines der gravierendsten sozialen und wirtschaftlichen Probleme Deutschlands in der Nachkriegszeit, nämlich den enormen Wohnungsmangel besonders in Ballungsgebieten. Ansonsten hielt sich die Produktion in den anderen Sparten aber bis 1944 recht gut. Die Erzeugung von Grundstoffen überstieg durchweg ihr Vorkriegsniveau, und daran änderte auch der Bombenkrieg im großen und ganzen nichts. Erstaunlich mag allenfalls erscheinen, daß der Rückgang der Verbrauchsgüterproduktion sich in so engen Grenzen hielt. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß auch die Wehrmacht einen riesigen Bedarf an solchen Gütern hatte, der vorrangig gedeckt wurde. Trotz vergleichsweise hoher Produktion blieb für den privaten Verbraucher also nur wenig übrig, viele Verbrauchsgüter waren daher streng rationiert. Schließlich lag auch die Investitionsgütererzeugung bis 1943 über ihrem Niveau von 1938, teilweise um bis zu einem Fünftel. Das deutet auf eine erhebliche Ausweitung und Modernisierung des Maschinenbestands in Deutschland noch während des Krieges hin. Und in der Tat fielen zwar die Bauinvestitionen der deutschen Wirtschaft zwischen 1938 und 1944 kontinuierlich ab, jedoch die Ausrüstungsinvestitionen stiegen gewaltig an und erreichten erst 1942 ihren Spitzenstand fast 50% über dem Niveau des letzten Friedensjahres.⁶

Die Luftangriffe trafen vor allem die Bausubstanz der Städte sowie die Verkehrsanlagen. Letzteres war schließlich verantwortlich dafür, daß die deutsche Wirtschaft weitgehend lahmgelegt wurde.⁷ Und damit hing ebenfalls zusammen, daß die Wirkung des Bombenkrieges auf die Industrie unmittelbar nach dem Ende der Kämpfe von Beobachtern total überschätzt wurde. In Wirklichkeit war der Produktionsapparat der Industrie nur recht wenig in Mitleidenschaft gezogen worden. Zum Beispiel waren 1944, auf dem Höhepunkt der alliierten Luftoffensive, nur 6,5% aller Werkzeugmaschinen beschädigt worden, und wieder nur ein Zehntel davon war völlig unbrauchbar. Selbst in der Kugellagerindustrie, ein besonderer Schwerpunkt der Angriffe, waren nur 16% aller Maschinen beschädigt.⁸ Diese Angaben beziehen sich auf Gesamtdeutschland. Entgegen dem in der früheren DDR-Literatur kolportierten Eindruck⁹ läßt sich wohl auch nicht behaupten, daß im Gebiet

6 Wagenführ, S. 160.

7 Wagenführ, S. 93 ff.

8 W. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1945–1980), Frankfurt/M. 1983, S. 21.

9 Zum Beispiel H. Barthel, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945–1949/50, Berlin (Ost) 1979, S. 37 ff.

der sowjetischen Besatzungszone die Industrie überdurchschnittlich stark gelitten habe. Auch führten hier Erdkämpfe nur zu relativ geringen Verlusten, wurden doch die industriellen Ballungszentren in Sachsen und Thüringen so gut wie kampflos besetzt. Und Hitlers Befehl zur Verfolgung einer Politik der verbrannten Erde wurde, angefangen bei Speer, weitgehend unterlaufen und nicht ausgeführt.¹⁰ Die Angabe bei DDR-Autoren jedenfalls, in der Industrie der späteren SBZ seien 40% der Kapazitäten durch Kriegseinwirkung zerstört worden,¹¹ erscheint weit übertrieben und rein propagandistisch. Eher trifft der genannte Prozentsatz, wie Wolfgang Zank meint, auf die Summe der Kapazitätsverluste bis 1950 aus Kriegsschäden, Demontagen und Verschleiß zu.¹²

Wenn demnach einerseits die industriellen Ausrüstungsinvestitionen im Krieg noch anstiegen und sich lange Zeit auf einem ausgesprochen hohen Niveau hielten, andererseits die Kriegszerstörungen an den industriellen Anlagen im engeren Sinne überraschend gering waren, so ist davon auszugehen, daß der Produktionsapparat der Industrie in Deutschland unmittelbar nach dem Krieg größer und moderner war als zuvor. In der Tat traf das für die Westzonen auch zu, wo zum Beispiel 1945 55% der vorhandenen Maschinen jünger als 10 Jahre waren, 1935 hingegen nur 29%.¹³ Und, wie wir sahen, gibt es keinen Grund, für die SBZ etwas anderes anzunehmen.

Im Gegenteil war das Gebiet der späteren DDR, in der Mitte des damaligen Deutschland gelegen, im Dritten Reich ganz besonders begünstigt gewesen, was den Auf- und Ausbau neuer industrieller Kapazitäten anbelangte. Militärstrategische Überlegungen legten den NS-Machthabern nämlich nahe, neue Anlagen in kriegswichtigen Industrien vor allem in Mitteldeutschland, möglichst weit entfernt von einem potentiellen feindlichen Zugriff, zu errichten.¹⁴ Daher entwickelte sich die Industrie im Gebiet der SBZ nach 1936 wesentlich schneller als in Westdeutschland oder Berlin, wie die folgende Tabelle ausweist:¹⁵

10 W. Zank, *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, München 1987, S. 20 f.

11 Barthel, S. 44.

12 Zank, S. 21.

13 Abelshäuser, S. 20 ff.

14 Zank, S. 18; Barthel, S. 29 ff.

15 B. Gleitze, *Ostdeutsche Wirtschaft. Industrielle Standorte und volkswirtschaftliche Kapazitäten des ungeteilten Deutschland*, Berlin 1956, S. 11

Tabelle 2: Bruttonproduktion der Industrie in Teilgebieten Deutschlands 1939 und 1944 (Index 1936 = 100)

	1939			1944		
	spätere SBZ	Berlin	West-dtld.	spätere SBZ	Berlin	West-dtld.
Gesamt	137	134	123	148	103	131
Grundstoffe	130	131	116	147	97	129
Bau und Investitionsgüter	149	145	135	204	143	171
Verbrauchsgüter	128	113	115	92	46	83

Aus den angeführten Zahlen ergibt sich ganz klar, daß das Gebiet der DDR, schon 1936 überdurchschnittlich industrialisiert,¹⁶ seinen Industrialisierungsvorsprung während der Aufrüstungsphase und während des Krieges entscheidend vergrößern konnte. Besonders in der Investitionsgüterindustrie war das Wachstum in jenem Gebiet ausgeprägt, so daß sich beispielsweise im Maschinen- und Fahrzeugbau, in der Elektroindustrie und in der feinmechanischen und optischen Industrie die Produktion dort zwischen 1936 und 1944 jeweils mehr als verdreifachte, während sie sich in Westdeutschland nur gut verdoppelte. Im Maschinen- und Fahrzeugbau stammte 1944 fast ein Drittel der Gesamtproduktion Deutschlands von 23,5 Milliarden Reichsmark aus dem Gebiet der späteren SBZ (ohne Ostberlin), obwohl dort 1939 nur ein gutes Fünftel der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches lebte. Und auch in der Chemieindustrie belief sich der Anteil der nachmaligen DDR an der Produktion 1944 auf rund ein Viertel.¹⁷

Insgesamt war demnach die wirtschaftliche Startposition der SBZ/DDR nach dem Krieg sehr günstig und eigentlich die beste aller deutschen Teilregionen: Gerade die wachstumsträchtigen und innovativen Investitionsgüterindustrien sowie die Chemieindustrie waren dort überdurchschnittlich stark mit besonders modernen Anlagen vertreten. Dazu kam, daß dieses Gebiet im Gegensatz zu Westdeutschland auch landwirtschaftlich vor dem Krieg Selbstversorger gewesen war.¹⁸ Sowohl im Handel mit landwirtschaftlichen als auch mit industriellen Produkten besaß die spätere DDR in der Vorkriegszeit einen Exportüberschuß. Allerdings war ihre wirtschaftliche Verflechtung mit der Industrie Westdeutschlands besonders eng, und hier wies der gegenseitige Handel auch einen negativen Saldo auf. Lieferte das Gebiet der DDR 1936 doch für 2,2 Milliarden Reichsmark Industrieprodukte nach Westdeutschland, bezog jedoch andererseits solche Erzeugnisse in Höhe von 2,5 Milliarden

¹⁶ Zank, S. 18.

¹⁷ Gleitze, S. 146 f., 170 f.

¹⁸ Gleitze, S. 167.

Reichsmark von dort.¹⁹ Und darunter fanden sich viele industrielle Vorprodukte. Zum Beispiel importierte die spätere SBZ 1936 7,4 Millionen Tonnen Steinkohle, etwa 70% ihres Verbrauchs. 3,5 Millionen Tonnen davon kamen aus Westdeutschland. Bei Stahl und Gießereiprodukten war die Abhängigkeit vom Ruhrgebiet noch größer. 1936 stammten fast zwei Drittel ihres Konsums von dort.²⁰ Diese Lieferungen waren für Wiederanlaufen und Wachstum der Industrieproduktion in der SBZ/DDR nach dem Krieg essentiell. Im Prinzip war es allerdings gleichgültig, woher sie stammten. Interregionale Bezüge innerhalb Deutschlands waren grundsätzlich durch echten Außenhandel substituierbar. In jedem Fall wäre die DDR als potentieller Lieferant gesuchter Industriegüter zahlungskräftig genug gewesen, um die gewünschten Vorprodukte in den benötigten Mengen zu importieren. Daß das nicht geschah und daß sich das Fehlen einer ausreichenden Eigenproduktion schwerindustrieller Vorprodukte als gravierendes Hemmnis für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in der DDR erwies, lag zum einen am Kalten Krieg, der die DDR die Möglichkeit einer jederzeitigen Handelsblockade vom Westen her fürchten ließ. Zum anderen, und wohl noch wichtiger, wohnt aber auch jeder Zentralverwaltungswirtschaft eine Tendenz zu Autarkie inne, hervorgerufen durch den chronischen Devisenengpaß, der für dieses Wirtschaftssystem typisch ist. Beide Gründe wirkten zusammen, daß die DDR Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre erhebliche Mittel für die Erweiterung der eigenen schwerindustriellen Basis aufwandte,²¹ was, vom Standpunkt weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung aus gesehen, nur als eine gigantische Fehlinvestition bezeichnet werden kann. Auf diese Weise verwandelte sich der Vorteil des Besitzes von zukunftsträchtigen Industrien mit hochmodernem Produktionsapparat im Falle der DDR aufgrund des Fehlens entsprechender metallurgischer Kapazitäten, kombiniert mit der spezifischen Wirtschaftsordnung, in den Nachteil hochgradiger Disproportionalität der Industriestruktur, die unter großen Opfern zu korrigieren war.

2. *Alliierte Reparationsplanung und -politik bis 1948*

Die Interessenlage bezüglich Reparationen in den drei wichtigsten gegen Deutschland Krieg führenden Ländern, der Sowjetunion, den USA und Großbritannien, war, objektiv gesehen, sehr unterschiedlich:

Von den dreien hatte die Sowjetunion die größten Kriegsschäden erlitten, und sie stand bei Kriegsende vor einem unabsehbaren Wiederaufbaubedarf. Da sie zudem über eine Zentralplanwirtschaft verfügte, brauchte sie sich auch

¹⁹ Gleitze, S. 168.

²⁰ Pre-war Regional Interdependence and Post-war Interzonal Trade in Germany, in: UN Economic Commission for Europe, Economic Bulletin for Europe 1, 1949, Nr. 3, S. 32, 34.

²¹ W. Mühlfriedel/K. Wießner, Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965, Berlin (Ost) 1989, S. 212 ff.

nicht um die grundsätzliche Inkompatibilität von Reparationslieferungen mit marktwirtschaftlichen Tauschbeziehungen zu sorgen. Beides wirkte zusammen, um die Forderung nach umfangreichen Reparationen Deutschlands für die Sowjetunion höchst angebracht erscheinen zu lassen.

Die USA dagegen hatten den Krieg hindurch den Produktivitätsvorsprung ihrer Wirtschaft enorm ausbauen können und ihre Produktion gewaltig gesteigert. Sie hatten keinerlei physische Zerstörungen erlitten. Um ihr wirtschaftliches Wohlergehen auch im Frieden zu sichern, waren sie an einer raschen Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft interessiert, was im Unterschied zur Vorkriegszeit nun aber entlang der Linie multilateralen und liberalen Welthandels geschehen sollte. Diesem Ziel diene nicht zuletzt die „Atlantic Charter“, die im Jahre 1941 zwischen Roosevelt und Churchill vereinbart, „den gleichberechtigten Zugang aller Staaten, ob (...) siegreich oder unterlegen, zu Handel und Rohstoffen der Welt“ proklamierte.²² Und auch in den seit 1942 abgeschlossenen Leih- und Pacht-Abkommen, die die materielle Unterstützung der gegen Deutschland kämpfenden Mächte durch die USA regelten, wurde ein abgestimmtes Handeln, gerichtet auf die Beseitigung von Diskriminierung und die Verringerung von Handelshemmnissen, vorgesehen.²³ In der Tat führten die in der Folge darüber abgehaltenen Gespräche noch im Krieg zum Abkommen von Bretton Woods und damit zur Gründung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank und nicht lange nach dem Krieg zur Etablierung des GATT. Deutschland – das wurde in den USA ganz klar gesehen – war ein wesentlicher Teil dieser angestrebten Weltwirtschaft. Ohne das deutsche Produktionspotential und die deutschen Exporte insbesondere von Kapitalgütern und ohne den deutschen Markt für die Produkte Europas waren der Wiederaufbau und die langfristige Wohlfahrt dieses Europa nur schwer zu bewerkstelligen. Deutschland mußte also zum frühestmöglichen Zeitpunkt in den internationalen Handel reintegriert, seine Neigung zu Autarkie, Diskriminierung, bilateralen Handelspraktiken und Agrarprotektionismus aber unterdrückt werden. Das hätte auch den positiven Nebeneffekt der Erhöhung seiner Verwundbarkeit gegen ökonomische Sanktionen. Ansonsten mußte die künftige Sicherheit vor Deutschland jedoch mit militärischen und politischen Mitteln erreicht werden, nicht aber mit einer dauerhaften Niedrighaltung seines Lebensstandards und seiner Industrie.²⁴ Reparationen mußten in dem auf ungehindertem Markttausch aufgebauten künftigen Weltwirtschaftssystem ein Fremdkörper sein. Deshalb und auch wegen der als höchst negativ empfundenen Erfahrungen mit Reparationen nach dem Ersten Weltkrieg stand

22 W. A. Brown Jr., *The United States and the Restoration of World Trade. An Analysis and Appraisal of the ITO Charter and the General Agreement on Tariffs and Trade*, Washington 1950, S. 47.

23 Brown, S. 48.

24 Memo by the Executive Committee on Foreign Economic Policy, August 1944, in: *Foreign Relations of the United States (FRUS) 1944 I*, S. 278 ff.

die politische Elite in den USA noch am Anfang der 1940er Jahre erneuten Reparationsforderungen ablehnend gegenüber.²⁵

Partiell ähnlich wie in den USA war die Interessenkonstellation in Großbritannien. War dieses Land wirtschaftlich doch stark abhängig von der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes für seine Exporte. Deshalb lag auch Großbritannien sehr an der raschen Wiederherstellung funktionierender normaler Welthandelsbeziehungen nach dem Krieg. Dementsprechend hieß es im Malkin-Report vom August 1943, an dem u. a. John Maynard Keynes mitgearbeitet hatte, bezüglich Reparationslieferungen: „Eine unabsehbare Verlängerung eines solchen Systems dürfte sich als äußerst schädlich erweisen. Es würde die Wiederaufnahme normalen Handels mit Deutschland verzögern und verfälschen, nicht nur zum Nachteil von Deutschland selbst, sondern auch seiner Nachbarn und Wettbewerber.“²⁶

Im übrigen nahm auch der Bericht des Malkin-Komitees, dessen offizieller Titel lautete „Recommendations of the British Interdepartmental Committee on Reparations and Economic Security“, Bezug auf die Atlantic Charter und leitete daraus ab, daß eine totale Deindustrialisierung Deutschlands oder die übermäßige Senkung seines Lebensstandards ausgeschlossen sei. Dementsprechend machte der Malkin-Bericht im amerikanischen Außenministerium großen Eindruck, wurde er dort doch als den eigenen Vorstellungen kongenial empfunden.²⁷

Jedoch gab es auch ein spezifisches britisches Interesse, das im Malkin-Bericht zwar nur angedeutet, bald aber zu einem zentralen Punkt der britischen Reparationspolitik wurde. Es resultierte daraus, daß Großbritannien hochverschuldet aus dem Krieg herauskommen und die Bedienung dieser Schuld absehbar ein enormes Zahlungsbilanzproblem aufwerfen würde. Daher sollte unbedingt jede zusätzliche Belastung seiner Zahlungsbilanz vermieden, und also mußten die Kosten der Besetzung Deutschlands für Großbritannien minimiert werden. Tunlichst sollte Deutschland demnach in der Lage bleiben, sich selbst zu versorgen und die für sein wirtschaftliches Überleben notwendigen Importe mit eigenen Exporten zu bezahlen. Dieser Gedankengang mündete ein in die Formulierung des sogenannten „First-Charge-Principle“, das von Keynes einmal folgendermaßen definiert worden ist: „Uns dürfen keinerlei Ausgaben für erlaubte Einfuhren nach Deutschland erwachsen, während gleichzeitig von Deutschland Reparationslieferungen erwartet werden, ob diese nun vom Charakter her einmalig oder laufend und dauerhaft sind. Denn das würde

25 O. Nübel, Die amerikanische Reparationspolitik gegenüber Deutschland 1941–1945, Frankfurt 1980, S. 46–48.

26 Eine Kurzfassung des Malkin-Reports ist abgedruckt in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Bd. XXVI, Cambridge 1980, S. 348–373 (Übers. d. Verf.).

27 Nübel, S. 62.

bedeuten, daß in Wirklichkeit wir die deutschen Reparationen an die Empfängerländer zahlen. Wir müssen daher als erste Bedingung für Reparationen aufstellen, daß Hilfsgüter und solche Importe, die übereinstimmend als notwendig angesehen werden, um Deutschland überhaupt in die Lage zu versetzen, Reparationen zu zahlen, eine erste Forderung (a first charge) gegen deutsche Lieferungen aller Art darstellen, die von denen, die sie bekommen, solange bezahlt werden müssen, wie die notwendigen Importe den Wert der von Deutschland erhältlichen Lieferungen übersteigen.²⁸

Die aus den gegebenen Interessenkonstellationen ableitbaren Prinzipien bezüglich möglicher Reparationsforderungen gegen Deutschland waren also bei den drei alliierten Hauptmächten denkbar unterschiedlich: Die Sowjetunion war erpicht auf möglichst hohe Reparationen, die USA waren aus übergeordneten Erwägungen, die sich aus dem Wunsch nach einem multilateralen Weltwirtschaftssystem ergaben, eigentlich gegen Reparationen überhaupt eingestellt, und die Briten neigten eher der amerikanischen Auffassung zu, wobei ihnen vor allem daran gelegen war, daß eventuelle deutsche Reparationszahlungen nicht zu einer zusätzlichen Belastung ihrer Zahlungsbilanz führten.

Die geschilderten Grundsatzpositionen der Alliierten erfuhren jedoch durch weitere politische Gesichtspunkte teilweise beträchtliche Modifikationen. So wollte die Sowjetunion unter allen Umständen größtmögliche Sicherheit vor einer erneuten Aggression Deutschlands erreichen und forderte deshalb, um Deutschland auch ökonomisch die Fähigkeit zur Kriegführung zu nehmen, nicht nur den Abbau der Rüstungsindustrie im engeren Sinne, sondern auch umfangreiche Demontagen in kriegswichtigen Zulieferindustrien bis hin zur Uhrenindustrie.²⁹ Natürlich war auch den Sowjets klar, daß eine hohe Summe an Reparationen vor allem in Lieferungen aus laufender Produktion zu bestehen hatte und niemals vorrangig mittels Demontagen und Abtransport existierender Kapitalgüter aufgebracht werden konnte. Übermäßige Demontagen mußten andererseits die Fähigkeit Deutschlands zu großen laufenden Reparationssachlieferungen empfindlich einschränken. Tendenziell mußte man sich also für hohe Demontagen oder hohe Lieferungen aus laufender Produktion entscheiden, worauf die Sowjets von den Briten auch hingewiesen wurden³⁰ und was, wie noch gezeigt werden wird, einer der Angelpunkte des Morgenthau-Planes war. Die Sowjets aber wollten beides. Wie sie diesen Widerspruch intern auflösten, ist nicht bekannt, da es noch keine detaillierte Untersuchung der sowjetischen Reparationsplanung und -politik gibt, bis vor kurzem mangels Zugangs zu den sowjetischen Archiven nicht geben konnte.

28 The Collected Writings of John Maynard Keynes, Bd. XXVI, S. 387 (Übers. d. Verf.).

29 Nübel, S. 64 f, 68, 119 f.

30 A. Cairncross, *The Price of War. British Policy on German Reparations 1941–1949*, Oxford 1986, S. 71.

Jetzt laufen zwar bereits Forschungen darüber,³¹ ihre Ergebnisse liegen jedoch noch nicht vor. Es scheint aber wahrscheinlich, daß die Sowjets im Unterschied zu den Angelsachsen diese Frage eher als eine des Grades denn als eine des Prinzips auffaßten und entschlossen waren, sie pragmatisch anzupacken. Und das taten sie ja schließlich in Ostdeutschland auch wirklich, wo sie zunächst enorme Demontagen vornahmen und dann noch große Lieferungen aus laufender Produktion bezogen, teilweise aus in sowjetisches Eigentum überführten Betrieben und nachdem der Kapitalstock in ihrer Zone mit Hilfe von Neuinvestitionen ergänzt worden war.

Die Briten dagegen plädierten für eine relativ niedrige Reparationssumme in einem kurzen Zeitraum. Im Malkin-Report wurden tentativ 4 Milliarden Dollar in Preisen von 1938 und eine Spanne von fünf Jahren genannt. Zusätzlich wollten aber auch die Briten, wie die zwei anderen alliierten Hauptmächte, die völlige Entmilitarisierung Deutschlands, allerdings nicht die ökonomische Verkrüppelung. Zum Ausgleich für die auf diese Weise von Deutschland eingesparten Kosten des Militärs schlug der Malkin-Ausschuß nach Beendigung der Reparationspflicht einen regelmäßig zu erhebenden finanziellen Beitrag Deutschlands zugunsten internationaler Friedenssicherung vor. Keynes, von dem diese Idee stammte, sah offensichtlich die Verteilung dieser Summe letztlich entsprechend den Verteidigungsausgaben der einzelnen Länder nach dem Krieg vor, so daß jedenfalls Großbritannien einen erklecklichen Anteil daran hätte erwarten können.³² Dazu merkte Jörg Fisch an, daß Großbritannien bei Verwirklichung dieses Vorschlags stärker profitiert hätte als von einer höheren Reparationssumme, bei deren Verteilung ja irgendwie die erlittenen Kriegsschäden zum Maßstab hätten genommen werden müssen, die in Großbritannien aber vergleichsweise gering waren.³³

In den USA wurde ebenfalls die Haltung gegenüber Reparationen, die, wie gezeigt, eher ablehnend war, unter dem Eindruck der Reparationsforderungen der Verbündeten und ihrer nicht abstreitbaren moralischen Berechtigung entscheidend modifiziert.³⁴ Man gestand den Alliierten gewisse Entnahmen von Reparationen nun zu, bemühte sich aber, den daraus für die Etablierung eines multilateralen Weltwirtschaftssystems resultierenden Schaden in Grenzen zu halten.³⁵ Deshalb neigte man, ganz ähnlich wie die Briten, einer kurzen Reparationsperiode zu, man war gegen die vorzeitige Fixierung einer Reparationsgesamtsumme, wollte Deutschland auf jeden Fall einen gesicherten Minimum-Lebensstandard belassen, plädierte vor allem für Reparationssachlieferungen

31 Dr. Jochen Laufer, Berlin, arbeitet über die sowjetische Reparationsplanung und wird einen Beitrag hierüber zu dem geplanten, von mir herausgegebenen Sammelband „Wirtschaftliche Folgekosten des Krieges in der SBZ/DDR“ schreiben.

32 The Collected Writings of John Maynard Keynes, Bd. XXVI, S. 339, 341.

33 J. Fisch, Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992, S. 43.

34 Nübel, S. 50 ff.

35 FRUS 1944 I, S. 287 f.

aus laufender Produktion und gedachte, strikt darauf zu achten, daß die Reparationen nur aus einem eventuellen deutschen Exportüberschuß kommen würden – eine Bedingung, die dem First-Charge-Principle entsprach.³⁶

Dies war der Stand der vor allem vom amerikanischen Außenministerium getragenen Planungen, als sich im September 1944 der Finanzminister Henry Morgenthau mit eigenen Vorschlägen zu Wort meldete. Obwohl Morgenthau und sein Staatssekretär Harry Dexter White ebenfalls glühende Verfechter eines multilateralen Weltwirtschaftssystems waren und der Erfolg der eben abgeschlossenen Konferenz von Bretton Woods viel ihrer Tatkraft zu danken war, sollten dessen Grundsätze doch nicht auf Deutschland angewandt werden. In Deutschland sahen sie wie andere amerikanische Vansittartisten eine absolute Gefahr, die es kompromißlos zu bekämpfen galt. Nicht umsonst nannte Morgenthau seinen Plan denn auch selbst „Program to Prevent Germany from Starting a World War III“.³⁷

Der Morgenthau-Plan stand ganz im Zeichen der Sicherheitspolitik. Sein Ziel war die dauerhafte, auch wirtschaftliche Kleinhaltung Deutschlands, das nie wieder zu einer Gefahr für den Weltfrieden werden sollte. Der Morgenthau-Plan war eigentlich gar kein Reparationsplan. Ja, Morgenthau lehnte Reparationen aus laufender Produktion dezidiert ab, da das die Belassung erheblicher industrieller Kapazitäten in Deutschland bedeutet hätte.³⁸ Sein Plan favorisierte aber gerade eine weitgehende Deindustrialisierung Deutschlands, und zum Beispiel im Ruhrgebiet sollten alle Industrieanlagen demontiert werden. Dementsprechend waren nur Demontagegüter als Reparationssachlieferungen vorgesehen. Auch war in dem Plan nirgends die Rede von der Erhaltung eines Mindest-Lebensstandards in Deutschland, und es wurde jegliche Verantwortlichkeit der Militärregierung für die Wirtschaft Deutschlands abgelehnt.

Damit war innerhalb der amerikanischen Administration ein Kontrastprogramm zu den Planungen des Außenministeriums formuliert worden. Beide Seiten versuchten ihr Bestes, um die Gunst von Präsident Roosevelt zu erringen. Obwohl dieser auch für eine härtere Behandlung Deutschlands war, zögerte er doch, sich eindeutig auf die Seite Morgenthaus zu stellen. Schließlich aber fielen erste Entscheidungen. Am 4. Dezember 1944 übermittelte der Präsident ein Memorandum an das Außenministerium, in dem er u. a. die folgenden beiden Punkte festklopfte:³⁹

1. Deutschland soll industriell wieder soweit auf die Beine kommen, daß es sich selbst versorgen könne.

36 FRUS 1944 I, S. 289–294.

37 Die von Morgenthau herumgeschickte Fassung seines Planes findet sich abgedruckt in: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Bd. XXVI, S. 376–379.

38 Nübel, S. 87 ff.

39 Nübel, S. 110.

2. Die USA sind gegen Reparationen, womit Roosevelt Reparationen aus laufender Produktion meinte.

Damit hatten also sowohl Morgenthau als auch das Außenministerium eine Niederlage erlitten, weil der Präsident einerseits die für das wirtschaftliche Überleben notwendigen Industrien in Deutschland belassen wollte, andererseits aber Reparationen aus laufender Produktion ablehnte. An diesen zwei Grundsätzen hielten die USA auch in der Folgezeit fest, was nicht zuletzt zur Folge hatte, daß der Begriff „Reparationen“ sich im amerikanischen Sprachgebrauch zunehmend auf den der Demontagen verengte. Das galt noch lange, nachdem Morgenthau im Sommer 1945 unter dem neuen Präsidenten Truman sein Amt verloren hatte und sein Plan ad acta gelegt worden war. Entgegen dem ursprünglichen Anschein schlug damit die Morgenthau-Episode tendenziell zum Vorteil des späteren Westdeutschland aus, das trotz im Endeffekt relativ geringer Demontagen nicht mehr zu Reparationen aus laufender Produktion herangezogen wurde, und zwar auch dann nicht, als das First-Charge-Principle keinen Hinderungsgrund mehr darstellte.

Erstmals ausführlicher verhandelten die drei alliierten Hauptmächte über das Reparationsproblem auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945. Die Initiative dazu ging, angesichts ihres überragenden Interesses an Reparationen verständlich, von der Sowjetunion aus. Diese legte einen Plan vor, der folgende Reparationsleistungen Deutschlands vorsah: Die Gesamtsumme sollte 20 Milliarden Dollar zu Preisen von 1938 betragen, wovon die Sowjetunion die Hälfte erhalten solle. 10 Milliarden Dollar hätten aus einmaligen Entnahmen aus dem deutschen Volksvermögen zu bestehen, d. h. demontierte Anlagen, Auslandskapitalien, Aktien; dabei wären diese Entnahmen hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Abrüstung Deutschlands auszuführen, also im wesentlichen in Form von Demontagen der Rüstungs- und der Schwerindustrie. Die ganze Aktion sollte innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein. Die anderen 10 Milliarden Dollar dagegen wären in jährlichen Warenlieferungen Deutschlands im Verlauf von 10 Jahren zu erbringen.⁴⁰

Was bedeuteten diese Zahlen? Da der sowjetische Vertreter in seinen Ausführungen ausdrücklich auf mobiles Kapital als Quelle der einmaligen Entnahmen Bezug nahm, kann man wohl davon ausgehen, daß der Vorschlag der Zahlung von Reparationen in Gestalt der Übergabe von Aktien damals allenfalls ergänzend gemeint war, zumal die Betriebe ja dann in Deutschland bleiben würden und man somit das Ziel der ökonomischen Abrüstung Deutschlands verfehlt hätte. Das deutsche Auslandsvermögen hingegen belief sich auf 2 bis 3 Milliarden Dollar in Preisen von 1938.⁴¹ Die von den Sowjets vorgeschlagenen

40 Teheran, Jalta, Potsdam. Konferenzdokumente der Sowjetunion, hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Bd. 2: Die Krim(Jalta)konferenz 1945, Köln 1986, S. 93 f., 96 f.; Fisch, S. 57.

41 Fisch, S. 209.

Demontagen hätten also einen Umfang von etwa 7 Milliarden Dollar zu Preisen von 1938 gehabt, bei einer zu jener Zeit geltenden Kaufkraftparität von 3,50 bis 3,75 Reichsmark pro Dollar,⁴² demnach rund 25 Milliarden Reichsmark. Nach Walther G. Hoffmann belief sich das in Gesamtdeutschland einschließlich der nach dem Krieg verlorenen Gebiete im Jahr 1938 investierte gewerbliche Ausrüstungskapital auf ca. 54 Milliarden Reichsmark.⁴³ Bei Verwirklichung des sowjetischen Vorhabens hätte Deutschland mithin knapp die Hälfte seines mobilen Gewerbekapitals von 1938 verloren. Auch wenn man davon ausgeht, daß der deutsche Kapitalstock, im Gegensatz zu der Annahme der Sowjets selbst, im Krieg weiter gewachsen ist, wäre eine so krasse Reduzierung wohl eindeutig nicht mit der Aufrechterhaltung eines Minimum-Lebensstandards der Bevölkerung Deutschlands vereinbar gewesen. Schon die zu erwartende Beschäftigungslosigkeit hätte ein enormes Problem dargestellt.

Die jährlichen Lieferungen aus laufender Produktion hätten nach dem sowjetischen Plan durchschnittlich 1 Milliarde Dollar oder etwa 3,5 Milliarden Reichsmark in Preisen von 1938 betragen. Gemessen am Nettosozialprodukt jenes Jahres in Höhe von 98 Milliarden Reichsmark⁴⁴ wären das weniger als 4% gewesen, also eine durchaus akzeptable Belastung. Nimmt man jedoch, entsprechend dem First-Charge-Principle, den deutschen Leistungsbilanzüberschuß zum Maßstab für die Fähigkeit Deutschlands, eine Summe von 3,5 Milliarden RM (1938) jährlich zu transferieren, sieht die Sache völlig anders aus. Denn einen positiven Leistungsbilanzsaldo in dieser Höhe hat Deutschland während der ganzen 1920er und 30er Jahre niemals auch nur annähernd erreicht. Und die Bundesrepublik hat einen entsprechenden Überschuß von etwa 8 Milliarden DM⁴⁵ erstmals 1967 gehabt.

Die Frage ist nun aber, ob es berechtigt ist, das First-Charge-Principle als Basis für die Bewertung der von den Sowjets genannten Summe an jährlichen Lieferungen aus der laufenden deutschen Produktion heranzuziehen. Das wird jedenfalls von manchen bestritten. Ein längeres Zitat aus einem Buch von Bruce Kuklick, einem Historiker der sogenannten amerikanischen Schule der Revisionisten, die die Ursache für die Entstehung des Kalten Krieges primär in der Struktur des amerikanischen sozioökonomischen Systems erblicken, möge dies erläutern: „Die deutsche Wirtschaft wäre wohl kräftig genug gewesen, um Reparationsgüter zu produzieren; und weil diese gratis gewesen wären, wären sie auch von allen Gläubigern akzeptiert worden. Jedoch wären andere

42 Cairncross, S. 67; C. Buchheim, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958, München 1990, S. 85.

43 W. G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin u. a. 1965, S. 245.

44 Hoffmann, S. 826.

45 1 Mrd. \$ (Preise von 1938) entsprachen in etwa 2 Mrd. \$ zu Nachkriegspreisen. Multipliziert mit dem Wechselkurs von grob 4 DM pro \$ ergibt sich der angegebene Wert von 8 Mrd. DM.

Länder möglicherweise nicht willens gewesen, mit Deutschland Handel zu treiben und mit eigenen Exporten für von Deutschland erhaltene Importe zu zahlen. (...). Das deutsche industrielle Potential, durch das die Reparationen geliefert worden wären, war viel größer als die Fähigkeit Deutschlands, auf den internationalen Exportmärkten zu konkurrieren. (...). Der Knackpunkt des First-Charge-Principle aber war, daß Deutschland in der Lage sein sollte, erfolgreich zu exportieren und auf diese Weise eine Voraussetzung für die Beteiligung an einem multilateralen politischen und ökonomischen System zu erfüllen. In dem Welthandelssystem, wie es damals beschaffen war, bedeutete das Prinzip jedoch noch mehr. Denn nur die USA vermochten für deutsche Exporte zu zahlen, und, da die USA sich aktiv für den Wiederaufbau der westeuropäischen Volkswirtschaften einsetzen würden, wären als nächste diese fähig geworden, mit dem neuen Reich Handel zu treiben.“⁴⁶

Mit anderen Worten: Kuklick interpretiert das First-Charge-Principle nicht als Voraussetzung dafür, daß tatsächlich Deutschland und nicht die seine Importe liefernden Länder die Reparationen zahlen würde, sondern vielmehr als amerikanisches Instrument, Deutschland in das von den USA dominierte westliche Weltwirtschaftssystem zu integrieren und damit in den amerikanischen Einflußbereich zu bringen. Diese Auffassung scheint jedoch auf einem Denkfehler zu beruhen: Denn Reparationslieferungen sind entgegen der Annahme Kuklicks nicht gratis, jedenfalls nicht für den Endverbraucher in Marktwirtschaften. Andernfalls nämlich wäre die Nachfrage nach ihnen wohl unendlich und eine ökonomisch sinnvolle Verteilung der Güter unmöglich. Demnach müssen sie in marktwirtschaftlich organisierten Empfängerländern, ganz ähnlich wie mit Hilfsgütern geschehen, für einen Preis verkauft werden. Das aber heißt, daß die Nachfrage nach ihnen grundsätzlich begrenzt ist und daß Reparationen, wie vom First-Charge-Principle unterstellt, in der Tat an die Stelle von Exporten treten können. Es ist also durchaus ökonomisch rational, Reparationen nur aus einem Exportüberschuß zahlbar zu machen, da sie sonst die zur Finanzierung der Importe notwendigen Exporte teilweise verdrängen und die Einfuhren von den Lieferländern faktisch kreditiert werden müssen.

Diese Überlegungen machen klar, daß man den USA und Großbritannien kaum die Berechtigung abstreiten konnte, auf dem First-Charge-Principle zu beharren. Und es ist beileibe nicht nötig, das Prinzip als Ausdruck amerikanischen Hegemoniestrebens über Deutschland zu interpretieren. Jedoch kann man auch die Haltung der Sowjetunion, die diesen Grundsatz keinesfalls akzeptieren wollte, verstehen. Denn in Zentralplanwirtschaften werden ja zahlreiche Güter nach staatlichen Vorgaben kontingentiert, Preise spielen allenfalls eine sekundäre Rolle. Die Nachfrage der produzierenden Wirtschaft nach Investitionsgütern und sonstigen Inputs ist generell kaum preisgesteuert. Man kann

46 B. Kuklick, *American Policy and the Division of Germany. The Clash with Russia over Reparations*, Ithaca u. a. 1972, S. 136 f. (Übers. d. Verf.).

also auch nicht sagen, daß Reparationslieferungen die Absorptionsfähigkeit der Wirtschaft für bezahlte Importe merklich verringern. Der Sowjetunion lag demnach der von den Westmächten in Form des First-Charge-Principle vorgebrachte Gedankengang ziemlich fern, und es scheint angesichts ihrer Wirtschaftsordnung nicht unvernünftig gewesen zu sein, daß sie sich dagegen gewehrt hat. Ideal wäre es gewesen, wenn man das First-Charge-Principle nur für die 500 Millionen Dollar jährlicher Reparationslieferungen, die nicht an die Sowjetunion gehen sollten, hätte verbindlich machen können. Das wäre allerdings faktisch auf eine enorme, eigentlich nicht zu rechtfertigende Bevorzugung der Sowjetunion gegenüber allen anderen Reparationsgläubigern hinausgelaufen, so daß diese Möglichkeit ebenfalls ausschied.

Beide Gesichtspunkte jedenfalls, nämlich sowohl die relative Höhe der sowjetischen Demontageforderungen, gemessen am verfügbaren mobilen Kapitalstock in Deutschland, als auch die durchschnittliche jährliche Summe an von der Sowjetunion verlangten Lieferungen aus laufender Produktion vor dem Hintergrund des in der Zwischenkriegszeit von Deutschland maximal erzielten Leistungsbilanzüberschusses, erklären zusammen mit den Prinzipien der Reparationspolitik, die sich bis Jalta bei den beiden Westalliierten herausgebildet hatten, die Sorge, die die sowjetischen Forderungen bei den Briten und Amerikanern auslösten. Diese Sorge bewog die Engländer, sich überhaupt nicht auf die Festlegung einer die Sowjets zufriedenstellenden Reparationsgesamtsumme zu jenem Zeitpunkt einzulassen.⁴⁷ Die Amerikaner dagegen konnten, trotz auch bei ihnen vorhandener Bedenken, von den Sowjets dazu bestimmt werden, eine Reparationssumme von 20 Milliarden Dollar als „Diskussionsgrundlage“ der Reparationskommission, die von den drei Mächten gebildet werden sollte, vorzusehen und der Sowjetunion davon die Hälfte zuzugestehen. Darüber hinaus wurde im Text des Reparationsprotokolls als dritte Form der Reparationsleistung noch die Nutzung deutscher Arbeit vorgesehen.⁴⁸

Sehr bald nach dem Ende der Konferenz von Jalta rückten die USA intern aber wieder von ihrer Pauschalzusage an die Sowjetunion ab.⁴⁹ Entsprechend viele Kautelen wurden in die Instruktionen für den amerikanischen Vertreter in der Reparationskommission hineingeschrieben. U. a. befanden sich darunter folgende Prinzipien:⁵⁰ Ein minimaler Lebensstandard Deutschlands sollte ohne Hilfe von außen gesichert sein. Das First-Charge-Principle mußte gelten, allerdings nicht angewandt auf Lieferungen demontierter Güter. Die Reparationen aus laufender Produktion sollten so gering wie möglich gehalten werden und vor allem in Form von Rohstoffen erfolgen. Es durfte keine

47 Cairncross, S. 65 ff.

48 Teheran, Jalta, Potsdam, Bd. 2, S. 232 f.; Nübel, S. 121 ff.

49 Nübel, S. 130 f.; Fisch, S. 64.

50 FRUS 1945 III, S. 1222–1227.

Finanzierung des deutschen Wiederaufbaus und von Reparationen von außen geben.

Damit hatten sich die Amerikaner endgültig auf die Position der Briten zubewegt, was die Verhandlungen in der Reparationskommission im Juni und Juli 1945 auch deutlich offenbarten. Insbesondere wollten jetzt auch die Amerikaner nicht mehr über Reparationssummen reden, bevor nicht die Zahlungsfähigkeit Deutschlands geprüft sei.⁵¹ Daran war aber den Sowjets nach wie vor sehr gelegen. Ein weiterer unlösbarer Konflikt entzündete sich am First-Charge-Principle, das zuzugestehen, sich die Sowjetunion beharrlich weigerte.⁵² Die Westalliierten ihrerseits waren jedoch umso weniger bereit, davon abzurücken, als sich inzwischen schon klar abzeichnete, daß das besetzte Deutschland, wollte man eine Hungerkatastrophe vermeiden, auf erhebliche Zufuhren von Nahrungsmitteln angewiesen sein würde, deren Finanzierung zumindest zunächst den Besatzungsmächten zur Last fallen würde.⁵³ So verliefen die Verhandlungen der Reparationskommission weitgehend ergebnislos, und das Reparationsproblem wurde unentschieden an die Potsdamer Konferenz der Regierungschefs weitergegeben.

Hier waren die Standpunkte unverändert. Die Sowjetunion legte noch einmal ihren Reparationsplan von Jalta vor,⁵⁴ die beiden Westalliierten bestanden auf dem First-Charge-Principle⁵⁵ und lehnten es ab, sich auf definitive Summen festzulegen.⁵⁶ Zudem machten sie Nachrichten über umfangreiche Beuteaktionen in den von den Sowjets besetzten Gebieten Deutschlands mißtrauisch, ein Mißtrauen, das noch durch eine sehr weite Definition von Kriegsbeute, die die Sowjetunion auf der Konferenz vorgeschlagen hatte, verschärft wurde. Außerdem entwickelte sich ein Streit darüber, um wieviel die Reparationsleistungsfähigkeit Deutschlands durch den Ressourcenverlust infolge der Gebietsabtretungen an Polen vermindert würde.⁵⁷ In diesem Zusammenhang machten schließlich die USA zunächst informell den Vorschlag, Deutschland als Reparationsgebiet derart zu teilen, daß die Sowjetunion ihre Reparationsansprüche aus ihrer Zone und den polnisch werdenden Gebieten befriedigen würde und die Westzonen Deutschlands allein für die westlichen Ansprüche aufkommen müßten.⁵⁸ Nach längeren Diskussionen über diesen Plan, in denen der Sowjetunion noch zusätzlich ein bestimmter Prozentsatz der in den Westzonen demontierten Anlagen, teilweise gegen Lieferung von Nahrungsgütern

51 Nübel, S. 166.

52 Nübel, S. 169 f.; Cairncross, S. 83 f.

53 Buchheim, Wiedereingliederung, S. 6 f.

54 Documents on British Policy Overseas, Series I, Bd. I: The Conference at Potsdam, July/August 1945, London 1984, S. 594 f.

55 Documents on British Policy, S. I, Bd. I, S. 564 f.

56 Documents on British Policy, S. I, Bd. I, S. 1021 ff.

57 Documents on British Policy, S. I, Bd. I, S. 484, 577 ff.

58 Documents on British Policy, S. I, Bd. I, S. 577 ff.

und Rohstoffen aus dem sowjetischen Einflußbereich, zugestanden wurde, wurde er auf der Plenarsitzung der Regierungschefs am 31. Juli 1945 von allen drei Delegationen akzeptiert.⁵⁹

Dementsprechend findet sich dieser Kompromiß auch im Abschlußprotokoll der Potsdamer Konferenz vom 1. August 1945, wo der die Reparationen Deutschlands betreffende Abschnitt folgendermaßen lautet:

- „1. Die Reparationsansprüche der UdSSR sollen durch Entnahmen aus der von der UdSSR besetzten Zone Deutschlands und aus entsprechenden deutschen Auslandsinvestitionen befriedigt werden.
2. Die UdSSR wird die Reparationsansprüche Polens aus ihrem Anteil an den Reparationen befriedigen.
3. Die Reparationsansprüche der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und der anderen zu Reparationsforderungen berechtigten Länder werden aus den Westzonen und aus entsprechenden deutschen Auslandsinvestitionen befriedigt werden.
4. In Ergänzung der Reparationen, die die UdSSR aus ihrer eigenen Besatzungszone erhält, wird die UdSSR zusätzlich aus den Westzonen erhalten:
 - a) 15 % derjenigen verwendungsfähigen und kompletten Industrieanlagen, vor allem der metallurgischen, chemischen und Maschinenbauindustrie, die für die deutsche Friedenswirtschaft entbehrlich und aus den Westzonen Deutschlands zu entnehmen sind, im Austausch gegen einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln, Kohle, Pottasche, Zink, Holz, Tonprodukten, Erdölprodukten und anderen Materialien, über die eine Vereinbarung getroffen wird.
 - b) 10 % derjenigen Industrieanlagen, die für die deutsche Friedenswirtschaft entbehrlich und aus den Westzonen zu entnehmen und an die Sowjetregierung ohne Bezahlung oder Gegenleistung irgendwelcher Art auf Reparationskonto zu übertragen sind.Die Entnahmen der Ausrüstungen, wie sie oben in den Paragraphen a) und b) vorgesehen sind, werden gleichzeitig erfolgen.
5. Der Umfang der aus den Westzonen auf Reparationskonto zu entnehmenden Ausrüstungen muß spätestens innerhalb von sechs Monaten von heute an gerechnet festgelegt sein.
6. Die Entnahmen der industriellen Ausrüstungen werden so bald wie möglich beginnen und innerhalb von 2 Jahren, gerechnet vom Zeitpunkt der in Paragraph 5 genannten Entscheidung abgeschlossen. Die Lieferung der in Paragraph 4 a) genannten Produkte wird so schnell wie möglich beginnen und in durch Vereinbarung festgelegten Teillieferungen seitens

59 Documents on British Policy, S. I, Bd. I, S. 1073 ff.

der Sowjetunion innerhalb von 5 Jahren von dem erwähnten Datum an erfolgen. Entscheidungen über den Umfang und die Art der industriellen Ausrüstungen, die für die deutsche Friedenswirtschaft entbehrlich sind und deshalb der Reparation unterliegen, werden durch den Kontrollrat gemäß der Politik getroffen, die von der Alliierten Reparationskommission unter Beteiligung Frankreichs festgelegt wurde, wobei die endgültigen Entscheidungen von dem Kommandierenden der Zone zu treffen sind, aus der die Ausrüstungen entnommen werden.

7. Bis zur Festlegung des Gesamtumfanges der der Entnahme unterliegenden Ausrüstungen werden Vorschußlieferungen solcher Ausrüstungen erfolgen, die in Übereinstimmung mit dem Verfahren bestimmt werden, das im letzten Satz von Punkt 6 vorgesehen ist.
8. Die Sowjetregierung verzichtet auf alle Reparationsansprüche in bezug auf Aktien deutscher Unternehmen, die sich in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands befinden; das gleiche gilt für deutsche Auslandsaktiva in allen Ländern, mit Ausnahme jener, die in Punkt 9 genannt sind.
9. Die Regierungen der USA und des Vereinigten Königreiches verzichten auf alle Reparationsansprüche in bezug auf Aktien deutscher Unternehmen, die sich in der östlichen Besatzungszone Deutschlands befinden; das gleiche gilt für deutsche Auslandsaktiva in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Ostösterreich.
10. Die Sowjetregierung erhebt keine Ansprüche auf das von den alliierten Truppen in Deutschland erbeutete Gold.“⁶⁰

Mit der Teilung Deutschlands als Reparationsgebiet wurde, wie man rückblickend wohl feststellen muß, der Grundstein zur Teilung Deutschlands in zwei Staaten gelegt. Besonders die Briten scheinen das damals bereits vorausgesehen zu haben. Sie jedenfalls wiesen auf die mögliche Implikation der Lösung des Reparationsproblems hin, daß die US-Regierung die Hoffnung auf erfolgreiche Kooperation mit den Russen bei der Verwaltung Deutschlands als einheitliches Wirtschaftsgebiet aufgegeben haben könnte. Es sei aber eine defätistische Sicht, wenn man annähme, daß die russische Zone als separate Einheit behandelt würde, mit niedrigerem Lebensstandard und wenig Gelegenheit zum Gütertausch mit anderen Teilen Deutschlands.⁶¹ Wie man weiß, trat diese defätistische Prognose in der Tat später ziemlich genau ein, und das, obwohl die Briten auf der Potsdamer Konferenz sehr bemüht waren, es zu verhindern. Sie hielten deshalb an der Formulierung des First-Charge-Principle im Abschlußprotokoll fest, obwohl die Amerikaner glaubten, es nun, angesichts der Tatsache, daß die Sowjets bei der Reparationsentnahme prinzipiell auf ihre Zone verwiesen waren, entbehren zu können.

60 Teheran, Jalta, Potsdam: Bd. 3: Die Potsdamer (Berliner) Konferenz 1945, Köln 1986, S. 389 f.

61 Documents on British Policy, S. I, Bd. I, S. 1053.

Genau aus diesem Grund scheint jedoch auch der Widerstand der Russen dagegen geschwunden zu sein, so daß es, weil den Briten derart daran gelegen war, wirklich ins Potsdamer Protokoll aufgenommen worden ist.⁶² Dort heißt es nämlich: „Bei der Aufstellung der Wirtschaftsbilanz für Deutschland sind die nötigen Mittel für den vom Kontrollrat in Deutschland genehmigten Import bereitzustellen. Die Einnahmen aus dem Export von Erzeugnissen aus der laufenden Produktion und von Warenbeständen werden in erster Linie zur Bezahlung dieses Imports verwendet.“⁶³

Auch andere Bestimmungen des Potsdamer Protokolls deuten darauf hin,⁶⁴ daß die Alliierten trotz Teilung Deutschlands zum Zweck der Reparationsleistung prinzipiell an dessen Einheitlichkeit festhalten wollten. In diesem Sinne heißt es: „Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten.“ „Mit diesem Ziel“, so lautet der Text weiter, „ist eine gemeinsame Politik festzulegen“ u. a. hinsichtlich „des Import- und Exportprogramms für Deutschlands als Ganzes“ sowie „der Reparationen und der Beseitigung des militärischen Industriepotentials“. Offensichtlich wurde eine nachträgliche Einigung der Alliierten über eine gemeinsame Reparationspolitik, die wohl auch Reparationen aus laufender Produktion zu umfassen gehabt hätte, nicht ausgeschlossen, ja, sie wurde dem Wortlaut des Potsdamer Protokolls nach weiterhin angestrebt. Darauf weist ebenfalls die Klausel hin, daß dem deutschen Volk nach Entrichtung der Reparationen genügend Mittel zu belassen seien, daß es ohne Hilfe von außen existieren könne und zwar, wie an anderer Stelle ausgeführt, mit einem Lebensstandard, der dem mittleren Niveau desjenigen in europäischen Ländern außer Großbritannien und der Sowjetunion entsprach.

In der Tat machten sich die Alliierten unter Einschluß Frankreichs im Rahmen des Kontrollrates noch 1945 daran, einen Industrieniveauplan für Deutschland als Ganzes auszuarbeiten.⁶⁵ Ausgehend von der tentativen Festsetzung des deutschen Lebensstandards auf dem Niveau des Jahres 1932 sollte der dafür erforderliche Umfang der Industrie nach Art und Größe so bestimmt werden, daß gleichzeitig die deutsche Außenhandelsbilanz ausgeglichen wäre. Für diese Zwecke nicht benötigte Industrieanlagen, einschließlich bestimmter kriegswichtiger Industrien wie zum Beispiel die Anlagen für die Erzeugung synthetischen Benzins, Gummis und Ammoniaks sowie diejenigen zur Produktion schwerer Traktoren und Werkzeugmaschinen, Kugellager, Aluminium und Funkausrüstung, sollten demontiert und als Reparationen verwendet werden, wobei die Sowjetunion gemäß Potsdamer Protokoll 25% der in den drei

62 Documents on British Policy, S. I, Bd. I, S. 1082 f.

63 Teheran, Jalta, Potsdam, Bd. 3, S. 389.

64 Teheran, Jalta, Potsdam, Bd. 3, S. 388 f.

65 Siehe, auch zum Folgenden, Cairncross, S. 100 ff; Wortlaut des Plans in: Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard. Versuch einer Wirtschaftsbilanz, Heft 1, Bremen 1948, S. 91 ff.

Westzonen abgebauten Anlagen zusätzlich zu denen aus ihrer eigenen Zone erhalten sollte.

Wirklich wurde im März 1948 ein Industrieniveauplan vom Kontrollrat beschlossen. Allerdings war er weniger das Ergebnis systematischen Vorgehens in der geschilderten Art als vielmehr eines Prozesses endlosen Bargainings, wobei die Russen normalerweise die in Deutschland zu belassenden Industrien am niedrigsten, die Briten am höchsten ansetzten. Irgendwo in der Mitte zwischen diesen beiden Extremen einigte man sich dann. Jörg Fisch hat nicht Unrecht, wenn er die so statthabende Ausarbeitung des Industrieniveauplans fast ein „Stück absurden Theaters“ nennt.⁶⁶ Aber auch ein systematisches Vorgehen wäre kaum besser gewesen. Denn die ganze Anlage des Plans war rein statisch, Änderungen der Konsummuster, der Produktpalette oder der Produktivität waren nicht vorgesehen, was mit Sicherheit baldige Modifikationen notwendig gemacht hätte. Ökonomisch war es ein ziemlich sinnloses Unterfangen, die Produktionsstruktur einer Volkswirtschaft festschreiben zu wollen. Dementsprechend lag die eigentliche Bedeutung des Industrieniveauplans im Politischen, als Dokument der Entschlossenheit der vier Alliierten, mit einem die deutsche Einheit bewahrenden Vorgehen Ernst zu machen.

Davon konnte jedoch bald nicht mehr die Rede sein. Die Russen gaben den anderen Besatzungsmächten kaum Einblick in die Demontagepolitik in ihrer Zone, so daß die Bestimmung abzubauender Anlagen in den Westzonen im Hinblick auf die Ziele des Industrieniveauplans für ganz Deutschland schwierig war.⁶⁷ Außerdem veränderten sie in ihrer Zone die Eigentumsverhältnisse schon 1945 tiefgreifend und begannen mit einer rudimentären Form der Zentralplanwirtschaft, die der Produktion von Reparationsgütern hohe Priorität einräumte.⁶⁸ Außer durch demontierte Anlagen suchten sie ihr Reparationsverlangen also auch bereits früh durch Lieferungen aus der laufenden Produktion der SBZ zu befriedigen, wobei sie letztere Reparationsform zunehmend stärker bevorzugten. Das aber widersprach direkt dem First-Charge-Principle, jedenfalls wenn man es nicht auf die einzelnen Zonen je für sich, sondern auf Deutschland als Ganzes anwandte. Allerdings konnten die Sowjets zu ihrer Rechtfertigung auf die bereits im September 1945 vom Kontrollrat erlassenen vorläufigen Regelungen für den deutschen Import und Export verweisen, in denen ausdrücklich vorgesehen war, daß die Exporterlöse jeder Zone zunächst zur Finanzierung der Einfuhren dieser betreffenden Zone zu dienen hätten. Mit anderen Worten, man konnte argumentieren, damit sei das zonale First-Charge-Principle statuiert worden. So gesehen war die sowjetische Praxis der Entnahme von Reparationen aus laufender

66 Fisch, S. 93.

67 Cairncross, S. 149 f.

68 G. W. Sandford, *From Hitler to Ulbricht. The Communist Reconstruction of East Germany 1945–46*, Princeton 1983; Zank, S. 97 ff.

Produktion angesichts des Faktums, daß ihre Zone weitgehend Selbstversorger mit Nahrungsmitteln war, tatsächlich durch das Potsdamer Abkommen in Verbindung mit dem erwähnten Kontrollratsbeschluß gedeckt. Und die Russen machten denn auch ganz klar, daß sie daran festzuhalten gedächten, solange einzelne Zonen noch auf Auslandshilfe angewiesen seien, und sie weigerten sich dementsprechend vorläufig, einen Export-Import-Plan für Deutschland insgesamt aufzustellen.⁶⁹

Andererseits meinten die Westmächte aber, daß die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit auch einen umfangreichen Austausch von Ressourcen zwischen den einzelnen Zonen zur Folge haben müßte, ja, daß die Ressourcen ganz Deutschlands einen Pool darstellten und als solche insgesamt zur Finanzierung aller notwendigen Importe bereitgestellt werden sollten, bevor sie für Reparationen verfügbar gemacht würden.⁷⁰ Als sie mit dieser Anschauung nicht durchdrangen, verhängte General Clay bereits Anfang Mai 1946 für die amerikanische Zone einen Demontagestopp, von dem lediglich die gemäß Potsdamer Abkommen vereinbarten und schon geraume Zeit laufenden Vorweglieferungen von Demontagegut sowie, ab Juni, Demontagen von reinen Rüstungsbetrieben ausgenommen blieben. Briten und Franzosen schlossen sich dem amerikanischen Vorgehen stillschweigend an.⁷¹

Seit dem Frühjahr 1946 kam es also regulär aus den Westzonen nur noch zum Versand von Anlagen aus für Vorwegreparaturen ausgewählten Betrieben sowie aus Rüstungswerken, für die der Kontrollrat weiterhin als Vorverteilungsinstanz bezüglich der Zuweisung an die Sowjetunion bzw. an die Pariser Reparationsagentur, die die Weiterverteilung an die übrigen Reparationsgläubiger vornahm, fungierte.⁷² Im Herbst 1947 wurden die diesen Kategorien angehörenden Betriebe dann jedoch immer weniger. Inzwischen war von der amerikanischen und britischen Militärregierung, die Anfang 1947 ihre Zonen zur Bizone vereinigt und damit die Ressourcen wenigstens dieses Gebietes zusammengelegt hatten, ein neuer Industrieniveauplan⁷³ allein für den von ihnen besetzten Teil Deutschlands ausgearbeitet worden. Dieser sah im Vergleich zum ersten Plan eine beträchtliche Erhöhung der deutschen Industrieproduktion vor – z. B. wurde die erlaubte Stahlproduktion von 5,8 Millionen Tonnen für ganz Deutschland auf 10,7 Millionen Tonnen für die Bizone allein gesteigert – und die Belassung der dafür benötigten Kapazitäten in Deutschland. Die zu dem revidierten Plan gehörige, zusammengestrichene Demontageliste für die Bizone wurde dem Kontrollrat im Oktober 1947 bekannt gemacht. Im gleichen Monat übergaben auch die Franzosen eine revidierte Aufstellung

69 Buchheim, *Wiedereingliederung*, S. 1 ff.

70 Cairncross, S. 164 f.

71 Buchheim, *Wiedereingliederung*, S. 82.

72 Vgl., auch für das Folgende, Buchheim, *Wiedereingliederung*, S. 83.

73 Wortlaut in: *Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard*, H.1, S. 95 ff.

der in ihrer Zone zum Abbau vorgesehenen Fabriken. Da die Russen jedoch die einseitigen Abänderungen des ursprünglichen Industrieniveauplanes nicht akzeptierten und vielmehr auf der weiteren Ausarbeitung von Demontagelisten unter Zugrundelegung des alten Plans beharrten, was zu tun, die Militärgouverneure der Westmächte sich aber weigerten, war die Kontrollratsmaschinerie im Hinblick auf die Verteilung des Demontageguts lahmgelegt. Zwar gingen die Demontagen in den Westzonen weiter, jedoch wurde nichts mehr an Reparationsgläubiger versandt. Und erst im Juni 1948 einigten sich die USA, Großbritannien und Frankreich auf gleichlautende Indstruktionen an ihre drei Militärgouverneure zur von der Sowjetunion unabhängigen Wiederaufnahme der Zuweisung von Demontagegut an die Reparationsagentur.

Im Rückblick kann man demnach sagen, daß spätestens 1947 die letzten Reste einer gemeinsamen Reparationspolitik der vier Besatzungsmächte in Deutschland zusammengebrochen sind. Seither war man daher vollständig auf das Prinzip der Teilung Deutschlands als Reparationsgebiet zurückgeworfen und zwar wesentlich konsequenter, als eigentlich im Potsdamer Abkommen vorgesehen. Und darüber hinaus hatte sich gezeigt, daß die Nichteinigung bezüglich Reparationen unter den Alliierten auch die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit ausschloß. Statt der Erhaltung der Einheit Deutschlands von oben war es zu einer partiellen Wiedervereinigung einzelner Besatzungszonen gewissermaßen von unten gekommen, zuerst der amerikanischen und britischen Zone in der Bizone, der sich 1948 dann die französische Zone anschloß. Im Effekt war damit die Zweiteilung Deutschlands in West und Ost vollendet.

3. *Die Durchführung von Demontagen und Reparationen*

In Ostdeutschland

Schon im Zuge der Besetzung Deutschlands begannen sowjetische Stellen, systematisch Kriegsbeute zu machen. Dabei wurde der Beutebegriff sehr weit gefaßt, was, wie erwähnt, das Mißtrauen der angelsächsischen Mächte auf der Potsdamer Konferenz erregte. Als Beute, oder, wie die Sowjets selbst es nannten, als Trophäen, nahm man nämlich nicht nur Waffen, Munition und sonstiges Kriegsmaterial weg, sondern auch in großem Stil Lebensmittel, Rohstoffe, gewerblich hergestellte Konsum- und Wirtschaftsgüter, Kunstwerke und sonstige Wertgegenstände. Es wurden spezielle sogenannte Trophäen-Einheiten organisiert, denen detaillierte Listen über zu beschlagnehmende Beuteartikel mitgegeben wurden, die unter allen Umständen zu erfüllen waren.⁷⁴ Daran zeigt sich, daß selbst die Beuteaktionen, die in Deutschland zum

⁷⁴ Cairncross, S. 199.

wirtschaftlichen Chaos beitragen, auf sowjetischer Seite mit den Instrumenten der Zentralplanwirtschaft gesteuert werden sollten. Das hatte dann auch die typischen grotesken Auswüchse zur Folge. Wird doch berichtet, daß häufig auf den Weg gebrachtes Beutegut von einer anderen Trophäen-Einheit zum zweiten Mal beschlagnahmt wurde, die das dann ebenfalls als Teil ihrer Planerfüllung weitermeldete.⁷⁵ Kennzeichnend für das Beutegut war, daß es nicht als Reparationsleistung angerechnet wurde, obwohl derartige Beuteaktionen noch lange nach Kriegsende, wahrscheinlich bis zur Potsdamer Konferenz, fortgesetzt wurden.⁷⁶

Die Beuteaktionen erstreckten sich teilweise bereits auf Demontagen von Industrieanlagen in Deutschland, und diese wurden später fortgesetzt, wenn auch dann auf Reparationskonto verbucht. Zunächst gingen die Demontagen sehr rasch und fast unterschiedslos in allen Industriebranchen vonstatten. Die Folge war, daß die Transportkapazität nicht ausreichte, zumal die Eisenbahnen ebenfalls nicht geschont und vielfach die zweiten Gleise abmontiert wurden. Demontagegut rostete in Zwischenlagern vor sich hin, und es bereitete große Schwierigkeiten, es an Ort und Stelle wieder zusammzusetzen und zum Funktionieren zu bringen.⁷⁷ Man kann wohl sagen, daß längst nicht alle demontierten Anlagen der Sowjetunion den zu erwartenden Nutzen gebracht haben und daß der Schaden für die SBZ größer war als der Gewinn für die Sowjetunion.

Allerdings scheint das Hauptziel, das die Sowjetunion mit den Demontagen anfangs verfolgte, in der möglichen wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands bestanden zu haben. Wenn dies den Wiederaufbau in der Sowjetunion unterstützte, war es gut, der wichtigste Zweck der Aktionen war das jedoch nicht, zumal das weitere Schicksal Deutschlands noch unklar und die endliche Herausbildung einer gemeinsamen alliierten Reparationspolitik noch nicht ausgeschlossen war. Unter diesen Umständen war es vom sowjetischen Standpunkt aus gesehen nicht irrational, rasch so viel wie möglich abzubauen und sich gleichzeitig einiges davon relativ wahllos anzueignen. Das war insbesondere die Politik des direkt dem sowjetischen Rat der Volkskommissare unterstehenden Sonderkomitees, das, unter der persönlichen Leitung von G. M. Malenkov, u. a. zuständig war für die industrielle Abrüstung Deutschlands und diese von Moskau aus rigoros betrieb. Es unterhielt mehrere Nebenstellen in der SBZ, von wo aus Demontagespezialisten im Offiziersrang eingesetzt wurden. Jedoch entwickelte sich sehr bald die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) zu einem Gegner dieser Politik, unterstützt in

75 R. Slusser, *Soviet Economic Policy in Postwar Germany*, New York 1953, S. 3 f. Slusser hat in diesem Buch die Papiere emigrierter ehemaliger Besatzungsfunktionäre der Sowjetunion in Deutschland publiziert.

76 W. Matschke, *Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) von 1945 bis 1948*, Berlin 1988, S. 186.

77 Cairncross, S. 203 f.

Moskau von A. J. Mikojan, dem Außenhandelsminister, der zuständig war für den Einsatz von Reparationen zum Wiederaufbau der sowjetischen Industrie. Als für die Sowjetzone verantwortlicher Instanz lag der SMAD dringend am Erhalt eines Kernbestandes der deutschen Industrie, während Mikojan in Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion im Vergleich zu Demontagegut häufig den höheren potentiellen Wert sah. Nicht zuletzt um diesen Zielen Nachdruck zu verleihen und das Sonderkomitee in die Schranken zu verweisen, wurde ein erster Industrieplan der SBZ bereits für das letzte Quartal 1945 ausgearbeitet und zur Bestätigung nach Moskau gereicht. Eigenmächtiges Handeln des Sonderkomitees, das durch unabgesprochene Demontagen die Durchführung des Planes immer wieder störte, konnte 1946 dann durch seine Eingliederung in die SMAD weitgehend unterbunden werden. 1947 wurde das Sonderkomitee schließlich aufgelöst.⁷⁸

Mit der Entmachtung des Sonderkomitees hörten die Demontagen in der SBZ zwar noch nicht auf. Allerdings wurden sie nun systematischer entsprechend den Prioritäten des sowjetischen Fünfjahresplans vorgenommen, und es wurde darauf geachtet, die deutsche Kapazität zu Reparationslieferungen aus laufender Produktion zu erhalten. Teilweise wurden deshalb einzelne Demontagebefehle sogar rückgängig gemacht, ja, bereits demontierte Anlagen wurden an ihrem ursprünglichen Platz wiederaufgebaut. Dennoch wurden die in verschiedenen Wellen vorgenommenen Demontagen aber erst 1948 völlig eingestellt.⁷⁹

Der Zusammenhang zwischen der Belassung von industrieller Kapazität in Deutschland und Reparationslieferungen aus laufender Produktion wurde besonders augenfällig in der Institution der Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG). Im Juni 1946 ging ein Teil der schon 1945 sequestrierten deutschen Großunternehmen vor allem der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien in sowjetisches Eigentum über, was gleichzeitig bedeutete, daß diese Betriebe hinfert von Demontagen weitgehend verschont blieben. Die insgesamt etwa 200 betroffenen Betriebe waren formal nach deutschem Aktienrecht organisiert, die Aktien allerdings wurden ausschließlich von der Hauptverwaltung des Sowjetischen Vermögens im Ausland sowie staatlichen sowjetischen Außenhandelsgesellschaften gehalten. Eine bedeutende Stellung hatten die SAG in der Energiewirtschaft, der Metallurgie, der Chemieindustrie und dem Maschinenbau inne, wo zwischen 30% und über 50% der jeweiligen industriellen Bruttoproduktion der SBZ von ihnen stammte. 1946 betrug ihr Gesamtanteil am Bruttoanlagevermögen der Industrie in der SBZ gut 16%.⁸⁰ Die SAG

78 Matschke, S. 111 f.; Cairncross, S. 202 ff.

79 Matschke, S. 188; Cairncross, S. 200; Barthel, S. 97 f.

80 Siehe, auch zum Folgenden, Matschke, S. 204 ff.; F. Seume, Organisationsformen der Industrie in der sowjetischen Besatzungszone, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen, Berlin 1948, S. 218 ff.; R. Karlsch, Bildung, Struktur und Arbeitsweise der SAG, unveröff. Manuskript, Berlin 1992.

waren voll in den sowjetischen Plan integriert. Deutsche Behörden hatten kaum Einblick in ihr Produktions- und Geschäftsgebaren. Allerdings standen die SAG, darunter die für den Uranbergbau in der SBZ geschaffene Wismut AG, zusammen mit dem Bedarf der Besatzungstruppen an oberster Stelle bei Materialzuteilung und Arbeitskräftezuführung im Rahmen der deutschen Planwirtschaft.⁸¹ Im Laufe der Zeit wurden die SAG dann aber in verschiedenen Schüben in deutsches Staatseigentum zurückgegeben, teils gegen Bezahlung, teils ohne. Die ersten 74, zumeist unrentablen Betriebe betraf das bereits 1947. Weitere folgten 1950 und 1952. Die letzten, abgesehen von der Wismut AG, übergab die Sowjetunion 1954 – ein Element der infolge des 17. Juni 1953 gewährten Erleichterungen für die Regierung der DDR.

Die Verbindungen zwischen den SAG und den Reparationen der SBZ/DDR sind außerordentlich vielschichtig und komplex, wie die folgende Auflistung zeigt:

- 1.) Der Eigentumsübergang an die Sowjetunion wurde allgemein, auch von den Sowjets, als ein Teil der deutschen Reparationsleistung angesehen. Setzt man die SAG dementsprechend in der Reparationsrechnung mit ihrem Zeitwert an, darf man jedoch, zumal unter Berücksichtigung der unter sowjetischer Ägide getätigten Investitionen, die für den Rückkauf aufgewandten Summen nicht noch einmal auf Reparationskonto verbuchen. Außerdem müßte man den ursprünglichen Wert der kostenlos zurückgegebenen Betriebe aus der Reparationsgesamtsumme wieder herausnehmen. Angesichts solcher Komplikationen ist es möglicherweise zweckmäßiger, dem Reparationskonto der SBZ/DDR für die Zeit der sowjetischen Nutzung dieser Betriebe eine fiktive jährliche Pachtzahlung gutzuschreiben. Auf diese Weise könnte man denn auch berücksichtigen, daß manche dieser Betriebe ohne die sowjetischen Aufträge und ohne sowjetische Rohstofflieferungen zeitweise wahrscheinlich überhaupt nicht produziert hätten, so daß ihr volkswirtschaftlicher Wert in diesen Perioden nahezu Null gewesen wäre, was sich in der anzusetzenden Pachtsumme entsprechend niederschlagen hätte. Gerade in der DDR-Literatur wurde früher häufig auf diesen Zusammenhang hingewiesen wie auch auf die Tatsache, daß durch die Existenz der SAG viele eigentlich für Deutschland verbotene Produktionen und Forschungen aufrechterhalten werden konnten und das damit verknüpfte Know-how also nicht verlorengegangen ist.⁸²
- 2.) Große Teile der SAG-Produktion gingen als Reparationen in die Sowjetunion oder wurden auf sowjetische Rechnung exportiert. Für solche Erzeugnisse wurden die SAG aus deutschen Staatshaushalten bezahlt, die

81 Die sowjetische Hand in der deutschen Wirtschaft. Organisation und Geschäftsgebaren der sowjetischen Unternehmen (= Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen), Bonn 1953, S. 56.

82 Siehe z. B. Barthel, S. 101 f.

Beträge wurden an die Garantie- und Kreditbank AG, die sowjetische Hausbank in der SBZ/DDR, die allein auch alle finanziellen Transaktionen mit den SAG abwickelte, überwiesen.⁸³ Diese Reparationsleistung wird hier unter den Lieferungen aus laufender Produktion erfaßt.

- 3.) Weitere Reparationszahlungen sind in der Anfangsausstattung mit liquiden Mitteln aus deutschen Fonds bei der Gründung der SAG sowie in den laufenden Subventionen von mit Verlust arbeitenden SAG aus deutschen Budgets zu erblicken. Auch Investitionen der SAG sind mit deutschen Mitteln finanziert worden. Diese Zahlungen beliefen sich insgesamt im Laufe der Zeit auf mehrere Milliarden Mark.
- 4.) Schließlich enthielten offenbar auch die Zulieferungen deutscher Betriebe an die SAG ein Reparationselement, da diese von den Sowjets im allgemeinen nur zu den niedrigeren Preisen des Jahres 1944 vergütet worden sind.

In der Tat wurden in den einzelnen Jahren häufig 50% und mehr aller Reparationen aus laufender Produktion von den SAG geliefert.⁸⁴ Und diese Reparationen aus laufender Produktion entwickelten sich wertmäßig, wie zu erwarten, zum größten Einzelposten der Reparationsleistung insgesamt. 1954 wurde in der Bundesrepublik eine vom DDR-Amt für Reparationen zusammengestellte Liste aller direkten Lieferungen an sowjetische Behörden, die konspirativ beschafft worden war, veröffentlicht.⁸⁵ Darin sind die auf Reparationskonto verbuchten, aus dem Staatshaushalt finanzierten Lieferungen aus der laufenden Produktion der SBZ/DDR erfaßt. Darüber hinaus sind ebenfalls Güter eingeschlossen, die von sowjetischen, in der SBZ/DDR tätigen Handelsgesellschaften und SAG gegen Bezahlung erworben wurden. Man kann sie zum größten Teil wahrscheinlich getrost den Reparationen im engeren Sinne hinzurechnen, da sie erstens nur zu Preisen von 1944, die häufig unter den damals aktuellen Preisen lagen, vergütet worden sind⁸⁶ und zweitens die Geldmittel, die zur Bezahlung dienten, wohl meist durch die Beschlagnahmung von Bankkonten und Kontributionen der deutschen Staatshaushalte in die Hände der Besatzungsmacht gekommen waren bzw. ohnehin Besatzungsgeld darstellten.⁸⁷ In besagter Liste sind die Lieferungen vermutlich mit Ab-Werk-Preisen bewertet, so daß sie ein weitgehend realistisches Bild des

83 R. Karlsch, Die Garantie- und Kreditbank AG – Hausbank der Besatzungsmacht in der SBZ/DDR von 1946 bis 1956, in: Bankhistorisches Archiv 18, 1992, S. 80.

84 R. Karlsch/J. Bähr, Überlegungen zur Stellung der SAGen im Wirtschaftsgefüge der SBZ und ausgewählte Probleme ihrer inneren Entwicklung. Thesen und Fallstudien, in: Veröffentlichungen des Arbeitskreises für Kritische Unternehmensgeschichte, Ruhr-Universität Bochum 1992.

85 Die Reparationen der Sowjetischen Besatzungszone in der den Jahren 1945 bis Ende 1953. Eine Fortführung der Untersuchungen von Dr. Franz Rupp über die Reparationsleistungen der sowjetischen Besatzungszone (=Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen), Bonn 1954.

86 Die sowjetische Hand in der deutschen Wirtschaft, S. 60 ff.

87 Vgl. Karlsch, Garantie- und Kreditbank AG.

Entzugs von Werten aus der Wirtschaft der SBZ/DDR ergeben. Es zeigt sich, daß die direkten Lieferungen an sowjetische Stellen bereits 1945 über 2 Milliarden Mark betragen, 1946 bis 1950 bei 3 Milliarden Mark und darüber lagen und dann bis einschließlich 1953 wieder auf gut 2 Milliarden Mark abfielen. In der Summe betragen sie etwa 26 Milliarden Mark oder, mit der damaligen Kaufkraftparität umgerechnet, rund 7 Milliarden Dollar. Dazu kamen dann noch die Lieferungen an die Besatzungstruppen, die regelmäßig um etwa eine Milliarden Mark schwankten. Von den Branchen her dominierten Güter des Maschinen- und Fahrzeugbaus, und hier vor allem des Schwermaschinenbaus, der Elektrotechnik und der Chemie – einschließlich Mineralölindustrie. Insgesamt umfaßten die Lieferungen Ende der 1940er Jahre etwa 20% der materiellen Produktion der SBZ/DDR⁽⁸⁸⁾ und auch 1952/53 noch rund 10%.⁸⁹

In Westdeutschland

Auch in Westdeutschland kam es während und nach der Besetzung zu Beuteaktionen und sogenannten irregulären Requisitionen. Insbesondere Frankreich scheint schon vor dem 1. August 1945 recht umfangreiche Lieferungen deutscher Güter empfangen zu haben, die, da das vom Kontrollrat verabschiedete provisorische Import-Export-Regime für Deutschland erst ab diesem Termin Gültigkeit hatte, zahlungsfrei blieben. Auch später wurden sie, im Unterschied zu irregulären Requisitionen der Amerikaner und der Briten, die dann in die Besatzungslasten eingerechnet worden sind, nicht erfaßt.⁹⁰

Schon 1945 wurde außerdem mit den Demontagen auch in den Westzonen begonnen. Wie im Potsdamer Abkommen vorgesehen, wurden einige Rüstungswerke als „Vorweglieferungen“ designiert und den Empfängern in Ost und West zugeteilt. Faktisch zugestellt wurden jedoch zunächst nur die für die Sowjetunion ausgewählten Betriebe. Erst am Ende des Jahres 1945 wurde nämlich die Interalliierte Reparationsagentur (IARA) mit Sitz in Paris gegründet, die für die Weiterverteilung der Demontagegüter an andere Reparationsgläubiger zuständig war. Und es war Juli 1946, bevor eine erste Partie an Demontagegut tatsächlich verteilt worden war. Im September 1946 schließlich begannen die entsprechenden Lieferungen. Das erklärt, warum die Sowjetunion lange Zeit der fast ausschließliche Empfänger von demontierten Anlagen aus den Westzonen blieb. Noch im Frühjahr 1947 zum Beispiel hatte sie mehr als 90% des gesamten verschickten Materials aus der amerikanischen

88 Zank, S. 29

89 C. Buchheim, Wirtschaftliche Hintergründe des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 38, 1990, S. 425.

90 Fisch, S. 211; Buchheim, Wiedereingliederung, S. 3, 93.

Zone erhalten – trotz Clays Demontagestopp, von dem aber ja die Vorwegdemontage und der Abbau reiner Rüstungsbetriebe ausgenommen war.⁹¹

Allerdings kam es in der britischen und französischen Zone außer zu offiziellen, vom Kontrollrat abgesetzten Demontagen auch zu einseitigen Entnahmen von dringend benötigten einzelnen Maschinen, zugunsten Großbritanniens bzw. Frankreichs und später auch, auf entsprechenden Antrag hin, zugunsten anderer Reparationsgläubiger. Insgesamt blieben diese, von den Briten „unilateral“ bzw. „multilateral deliveries“ genannten Versendungen von Maschinen jedoch gering. Außerdem wurden sie auch auf das Reparationskonto angerechnet.⁹²

Da, wie erwähnt, die Sowjetunion sich weigerte, die aufgrund eines erhöhten Niveaus der industriellen Produktion in den Westzonen einseitig von den Westmächten revidierten Demontagelisten zu akzeptieren, kam es zwar gegen Ende des Jahres 1947 zur Wiederaufnahme von regulären Demontagen, auch in der Friedensindustrie, jedoch vorläufig noch nicht zur Zuteilung des Demontagegutes an die Reparationsgläubiger. Das geschah erst, nachdem sich die westlichen Besatzungsmächte im Juni 1948 auf die erneute Zuweisung von abgebauten Anlagen an die IARA unabhängig von der Sowjetunion geeinigt hatten. Zu jener Zeit waren die Demontagen in der amerikanischen Zone schon beinahe abgeschlossen.⁹³

Inzwischen tauchten jedoch zunehmend Schwierigkeiten bezüglich der Fortsetzung der Demontagen von anderer Seite auf. Denn im amerikanischen Kongreß artikulierten sich Stimmen, die für die Überprüfung oder gar die Beendigung der Demontagen in Westdeutschland eintraten. Man war gegen irgendwelche weiteren Lieferungen an die Sowjetunion, und man prangerte den vermeintlichen Widersinn von fortgesetzten Demontagen bei gleichzeitiger Einbeziehung der Westzonen in den Marshallplan an. Die Administration mußte sich diesem Druck aus dem Kongreß beugen. In langwierigen Verhandlungen mit Briten und Franzosen konnte deren Einwilligung zur Verschiebung der Demontage in vielen zur Prüfung vorgesehenen Fällen erzielt werden. Und schließlich wurden im „Washingtoner Abkommen über verbotene und beschränkte Industrien“ vom April 1949 über 150 Betriebe von der Demontageliste gestrichen, ein Ergebnis, das im Petersberger Abkommen vom November des gleichen Jahres noch weiter zugunsten Deutschlands revidiert worden ist. Auch in der deutschen Öffentlichkeit wurden die Demontagen seit Anfang 1949 zunehmend scharf kritisiert, und es kam teilweise zu offenem Widerstand, von dem vor allem die Briten betroffen waren, in deren Zone die meisten noch zu demontierenden Werke lagen. Dennoch wurden die

91 Buchheim, Wiedereingliederung, S. 82 f.

92 Buchheim, Wiedereingliederung, S. 82 f.; A. Kramer, Die britische Demontagepolitik am Beispiel Hamburgs 1945–1950, Hamburg 1991, S. 178 ff.

93 Buchheim, Wiedereingliederung, S. 83.

Demontagen, mit den vereinbarten Abstrichen, auch dort bis 1951 zu Ende geführt, was erklärt, daß einerseits in Westdeutschland im Unterschied zur SBZ die Demontagen erst 1949 und 1950 ihren quantitativen Höhepunkt erreichten und andererseits vor allem die Briten in den Augen der deutschen Öffentlichkeit in die Rolle des Buhmannes gerieten.⁹⁴

Angesichts des hohen Stellenwerts, den das First-Charge-Principle bei Amerikanern und Briten hatte, und mit Blick auf die Tatsache, daß Nahrungs- und sonstige Einfuhren nach Westdeutschland von den Besatzungsmächten kreditiert werden mußten, spielten Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion in den Westzonen keine Rolle. Zwar wurden Güter aus der laufenden gewerblichen und landwirtschaftlichen Produktion für den Bedarf der Besatzungsmächte in Deutschland selbst angefordert – wenn auch wohl insgesamt weniger als völkerrechtlich erlaubt war –,⁹⁵ jedoch wurde ab August 1945 nichts mehr aus der laufenden Erzeugung ohne Bezahlung als Reparation ins Ausland geschafft. Das galt prinzipiell auch für die Franzosen, der gegenteilige Eindruck, den Jörg Fisch zu vermitteln sucht,⁹⁶ ist nicht richtig.

Zwar hatte Frankreich tatsächlich die Absicht, seine Zone möglichst weitgehend zum eigenen Wiederaufbau heranzuziehen. Daher wurde die Wirtschaft der französischen Zone umfassend in die Frankreichs integriert, viele deutsche Betriebe arbeiteten fast ausschließlich für französische Bedürfnisse und 85% der Auslandslieferungen der Zone gingen in den Jahren 1945 bis 1947 nach Frankreich. Im Unterschied zur Sowjetunion zahlte Frankreich jedoch dafür und zwar, wie im Kontrollrat vereinbart, in Dollars. Auf diese Weise gelangte die französische Zone also in den Besitz von Dollars, mit denen sie auf dem Weltmarkt nur gegen Dollars erhältliche und für sie unentbehrliche Importe von Grundnahrungsmitteln finanzieren konnte. Was die angelsächsischen Mächte den von ihnen besetzten Gebieten in Deutschland durch die Bewilligung von Dollarkrediten gewährten, erreichten die Franzosen dadurch, daß sie ihrer Zone auch sekundäre Produkte abkauften, für die sonst angesichts der gravierenden „Dollarlücke“ niemals Dollars hergegeben worden wären. Aufgrund mangelhaft organisierter Zuständigkeiten bei der wirtschaftlichen Verwaltung und Nutzbarmachung seiner Zone kam es in Frankreich zu dem beschriebenen Resultat, durch das sich Frankreich, entgegen seinen eigentlichen Intentionen, letztlich selbst schadete.⁹⁷

Natürlich ließ der dem First-Charge-Principle zugrundeliegende Gedankengang auch keine Unterbewertung der deutschen Ausfuhr zu. Hierauf achteten denn auch die westlichen Militärregierungen sehr genau.⁹⁸ Lediglich die

94 Buchheim, *Wiedereingliederung*, S. 84 f.; Cairncross, S. 180 ff.

95 Buchheim, *Wiedereingliederung*, S. 78 f.

96 Fisch, S. 211.

97 Buchheim, *Wiedereingliederung*, S. 35 ff.

98 Buchheim, *Wiedereingliederung*, S. 32, 39; für das Folgende siehe ebenda, S. 93 ff.

Ausfuhr von Holz aus der französischen Zone nach Frankreich scheint krass unter dem angemessenen Preis vorgenommen worden zu sein. Dagegen ist es wohl unrichtig, wenn in der Literatur häufig behauptet wird, deutsche Kohle sei weit unter Wert ins Ausland verkauft worden. Der bei dieser Feststellung als Referenzpunkt benutzte Preis amerikanischer Kohle in Europa, also einschließlich hoher Frachtkosten, ist nämlich nicht repräsentativ, da er nur für in Europa nicht vorhandene Engpaßkohle gegolten hat. Der hauptsächlich europäische Kohlenbedarf wurde jedoch aus europäischen Quellen zu wesentlich niedrigeren Preisen gedeckt. Im Vergleich zu den Exportpreisen englischer und polnischer Kohle läßt sich spätestens seit September 1947 keine Unterbewertung der deutschen Kohlenausfuhr mehr feststellen. Und zuvor betrug diese allenfalls auch nur 5 Dollar pro Tonne und nicht 15 bis 20 Dollar, wie z. B. Werner Abelshausen schreibt.⁹⁹ Insgesamt entstand den Westzonen aus zu niedrigen Exportpreisen in der Zeit des Besatzungsregimes ein Verlust von wohl kaum mehr als 130 Millionen Dollar. Nur diese Summe ist demnach vergleichbar mit den 7 Milliarden Dollar, die sowjetische Stellen außer den Besatzungstruppen selbst aus der SBZ/DDR an Reparationen bzw. reparationsähnlichen Leistungen aus der laufenden Produktion bezogen haben.

Schießlich soll an dieser Stelle noch die Wegnahme geistigen Eigentums behandelt werden, die, von allen vier Besatzungsmächten in großem Umfang betrieben, potentiell einen besonders hohen Wert darstellte. Dabei geht es weniger um Patente. Im Ausland angemeldete deutsche Patente waren infolge Nichtzahlung der Gebühren in der Kriegszeit vielfach verfallen. Inlandspatente hingegen blieben in den Westzonen generell unangetastet, während sie in der SBZ/DDR angesichts der sozialistischen Eigentumsordnung ohnehin weitgehend bedeutungslos wurden. Dasselbe gilt für die ostdeutschen Markenzeichen, westdeutsche Firmen aber erhielten ihre Markenzeichen später zurück.¹⁰⁰

In erster Linie ist bei der Entnahme geistigen Eigentums demnach an systematisch gesammelte wissenschaftliche und technische Erkenntnisse in Form von Konstruktionszeichnungen, Fertigungsunterlagen, Entwicklungsberichten, Prototypen, Modellen und Spezialistenaussagen zu denken.¹⁰¹ So nahmen alle Besatzungsmächte detaillierte Befragungen deutscher Wissenschaftler und Techniker vor, teilweise vor Ort, teilweise in speziellen Lagern, wohin diese

99 Abelshausen, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 31.

100 Buchheim, Wiedereingliederung, S. 86 f.

101 Siehe ganz neu hierzu J. Gimbel, *Science, Technology and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany*, Stanford 1990, der besonders das amerikanische Vorgehen in dieser Hinsicht behandelt. Parallelstudien zum sowjetischen Verhalten sind im Gange. Sie werden durchgeführt von Dr. Burghard Ciesla und Dr. Matthias Judt. Im übrigen handelten die Deutschen im Fall der von ihnen besetzten Gebiete während des Krieges ähnlich. Siehe zum Beispiel R.-D. Müller (Hg.), *Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew*, Boppard 1991, S. 332 ff.

verbracht worden waren. Für militärische und wirtschaftliche Zwecke der alliierten Hauptländer als besonders interessant eingeschätzte Personen wurden gar zur Auswanderung in die betreffenden Staaten veranlaßt, teilweise unter Zuhilfenahme von Zwang. Derartige Aktionen liefen bei den Amerikanern beispielsweise unter dem Namen „Project Paperclip“, bei den Russen unter „Aktion Ossawakim“. Eine weitere, viel genutzte Möglichkeit war, direkt in Forschungszentren und Betrieben die interessierenden Forschungsergebnisse und -unterlagen zusammenzustellen. Die Sowjets konnten dies als formale Eigentümer der SAG ohne weiteres tun. Die Westmächte stellten zu diesem Zweck besondere Teams zusammen. Bei den angelsächsischen Mächten waren das ursprünglich die CIOS-Gruppen (Combined Intelligence Objectives Subcommittee), später sogenannte FIAT-Einheiten (Field Information Agency, Technical). Anfangs wurden diese Aktionen unter Hinweis auf den fortdauernden Krieg mit Japan mit dem potentiellen Nutzen militärisch verwertbarer deutscher Forschungsergebnisse gerechtfertigt, im Laufe der Zeit trat dann jedoch eindeutig das kommerzielle Interesse in den Vordergrund. Konnten doch ausländische Firmen Vorschläge machen, welches deutsche Konkurrenzunternehmen untersucht werden sollte, und wurden ihnen doch die Resultate der Nachforschungen zugänglich gemacht. Erst 1947 liefen diese Aktivitäten in den Westzonen langsam aus.

Es ist anzunehmen, daß das von den vier Alliierten aus Deutschland herausgeholt Know-how weitgehend dasselbe war. Denn viele der wichtigsten Unternehmen hatten Zweigbetriebe in verschiedenen Zonen, häufig wurden dieselben Spezialisten nacheinander von Vertretern verschiedener Besatzungsmächte interviewt, und außerdem wurden die neuen Erkenntnisse teilweise auch ausgetauscht. Genausowenig wie demnach die Entnahme einer bestimmten Erkenntnis eindeutig einer Besatzungsmacht zurechenbar ist, kann man den deutschen Verlust eindeutig West- oder Ostdeutschland zuschreiben. Es handelt sich bei der Wegnahme geistigen Eigentums also recht eigentlich um nicht aufteilbare Reparationsleistungen Gesamtdeutschlands, ganz ähnlich wie im übrigen bei dem Verlust des deutschen Auslandsvermögens und bei der Arbeitsleistung deutscher Kriegsgefangener.

4. *Versuch der zahlenmäßigen Abschätzung der Gesamtbelastung Deutschlands mit Reparationen und sonstigen einseitigen Leistungen*

Die Bewertung der demontierten Anlagen in West- und Ostdeutschland gestaltet sich schwierig. Je nach dem gewählten Bewertungsprinzip werden die deutschen Verluste bzw. der Nutzen für die Reparationsgläubiger sehr verschieden beziffert. Hier werden dementsprechend zwei unterschiedliche Wege beschrritten. Zum einen wird die Summe der nach alliierten Richtlinien

ermittelten sogenannten Restwerte dargestellt. Ihnen liegen buchhaltungs-technische Gesichtspunkte zugrunde. Zwar wurden sie von deutscher Seite vielfach kritisiert, da die gewählten Abschreibungssätze generell viel zu hoch angesetzt und daher die dem Reparationskonto gutgeschriebenen Restwerte zu niedrig seien. Es gab aber auch deutsche Stimmen, die das Gegenteil behaupteten und die Restwerte für durchaus realistisch hielten. Unbestritten dagegen ist, daß die auf der technischen Lebensdauer der Anlagen basierenden Zeitwerte, die Wiederbeschaffungs- und die Handelswerte, besonders in einer Periode der Güterknappheit, höher als die Restwerte lagen. Zum anderen werden geschätzte Verluste an industrieller Maschinenkapazität verwendet, um mithilfe des Wertes des mobilen gewerblichen Kapitalstocks von 1936 die Demontagen in Ost und West zu beziffern. Es versteht sich, wie gesagt, von selbst, daß es Einwände gegen beide Berechnungsmethoden gibt. Zum Beispiel kann man angesichts trotz Demontagen jahrelang vorhandener Überkapazitäten in Ost- und Westdeutschland argumentieren, die Entnahme von Anlagen habe, außer in Engpaßbereichen, volkswirtschaftlich gesehen, einen vernachlässigbar geringen Schaden verursacht, zumal da, als die Produktion in die noch vorhandene Kapazität schließlich hineingewachsen war, die Chance des Aufbaus modernerer und produktiverer Anlagen bestanden habe. Jedoch man muß, wenn man die Demontagen überhaupt bewerten will, sich für einen bestimmten Wertansatz entscheiden, wobei es hier vor allem darauf ankommt, die Vergleichbarkeit zwischen Ost- und Westdeutschland zu wahren. Und es erscheint durchaus angemessen, die Summe der nach buchhalterischen Gesichtspunkten einzeln bewerteten, der Demontage unterlegenen Maschinen einem aus dem gesamten Kapazitätsverlust global ermittelten Wert gegenüberzustellen.

Laut alliierten Angaben, ergänzt um einige Schätzungen, wurden den Westzonen, einschließlich Westberlins, zwischen 1945 und 1950 Anlagen zum Restwert von insgesamt etwa einer Milliarde Reichsmark zu Preisen von 1938 entnommen.¹⁰² Demgegenüber belief sich der Restwert der in der SBZ/DDR demontierten Anlagen laut einer wohl zuverlässigen, auf östlichen Quellen beruhenden Angabe auf 1,484 Milliarden Dollar (1938), umgerechnet mit der damaligen Kaufkraftparität von etwa 3,5 also auf rund 5,2 Milliarden Reichsmark (1938).¹⁰³

Eine Abschätzung des Demontageverlustes auf dem Weg über die Kapazitätseinbuße der deutschen Industrie muß ausgehen vom Wert des mobilen Anlagekapitals im Jahre 1936. Dieses belief sich, gerechnet zu Anschaffungspreisen und unter schematischer Berücksichtigung von Abschreibungen, auf 40,4 Milliarden Mark.¹⁰⁴ Unter der Annahme, daß sich dieser Kapitalstock

102 Buchheim, Wiedereingliederung, S. 80 f.

103 Fisch, S. 19.

104 Hoffmann, S. 242.

entsprechend der industriellen Bruttoproduktion 1936¹⁰⁵ auf die einzelnen Teile Deutschlands aufgliedern läßt, entfielen auf Westdeutschland 24,7 Milliarden Mark, auf die spätere SBZ 9,9 und auf Berlin 3,3 Milliarden Mark mobiles Anlagekapital, der Rest ist den Gebieten jenseits von Oder und Neiße zuzurechnen. Der Berliner Kapitalstock wird im Folgenden sodann je zur Hälfte West- bzw. Ostdeutschland zugeschlagen. Eine offenbar realistische Schätzung der Kapazitätsverluste durch Demontagen in der westdeutschen Industrie beläuft sich auf ca. 4% des Bestandes von 1936.¹⁰⁶ Daraus ergibt sich demnach ein Demontageverlust in Westdeutschland von 1,05 Milliarden Reichsmark zu Anschaffungspreisen, gemessen vom Preisniveau von 1936 aus, das aufgrund des NS-Preisstopps weitgehend mit dem von 1938 identisch war. Für Ostdeutschland dagegen kommt Wolfgang Zank zu einem Gesamtverlust an industriellen Anlagen aus Kriegseinwirkung, Verschleiß und Demontagen im Jahr 1948 von 42% des Standes von 1944. Letzterer lag seinerseits um schätzungsweise 38% höher als 1936. Daraus folgt, daß der erwähnte Gesamtverlust etwa 6,7 Milliarden Mark betragen hat. Nimmt man mit Zank weiterhin tentativ an, drei Fünftel des Gesamtverlustes sei durch Demontagen verursacht worden, gelangt man für die diesbezüglichen Entnahmen zu einer Summe von rund 4 Milliarden Reichsmark.¹⁰⁷

Die beiden beschrittenen Wege der Bewertung der demontierten Anlagen in West- und Ostdeutschland führen zu ähnlichen Ergebnissen. Demnach erscheint es berechtigt, diesen Wert im Westen mit 1 Milliarde Mark (1938) anzusetzen und im Osten mit 4 bis 5 Milliarden Mark, was im Folgenden auf 4,5 Milliarden Mark zusammengezogen wird. Umgerechnet in Nachkriegsdollars (1 Vorkriegsdollar entspricht etwa 2 Nachkriegsdollars) ergeben sich für Westdeutschland knapp 0,6 Milliarden und für Ostdeutschland 2,6 Milliarden Dollar, also mehr als das Vierfache.

Dazu kamen an Reparationen aus laufender Produktion, wie bereits dargestellt, in Ostdeutschland rund 7 Milliarden Dollar, in Westdeutschland an damit vergleichbarer Unterbewertung von Exporten etwa 130 Millionen Dollar. Sicher ist außerdem, daß die Beuteentnahmen in Ostdeutschland relativ viel größer waren als in Westdeutschland, wenn es auch unmöglich erscheint, jeweils bestimmte Summen dafür anzusetzen. Im übrigen sind, was die SAG betrifft, ihre Lieferungen an sowjetische Stellen (außer Besatzungstruppen) unter den Reparationen aus laufender Produktion erfaßt, ebenso wie die Zulieferungen deutsch gebliebener Wirtschaftsbetriebe an die SAG, die zwar, wenn auch unter Preis, bezahlt worden sind, wobei die Finanzmittel dafür annahmegemäß jedoch aus deutschen Fonds einseitig von den Sowjets

105 Siehe hierzu Gleitze, S. 170.

106 Vgl. W. Abelshäuser, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*, Stuttgart 1975, S. 120 f.

107 Zank, S. 189 ff.

requiriert wurden. Die Lohnzahlungen der SAG dagegen wurden, so wird hier angenommen, mit Geldern getätigt, die den SAG als Gegenwerte für Reparationslieferungen gutgeschrieben wurden und die demnach, will man Doppelzahlungen vermeiden, nicht zu berücksichtigen sind. Auch wird keine kalkulatorische Nutzungsgebühr für die SAG, wie oben als Möglichkeit vorgeschlagen, angesetzt.

Zu diesen West- und Ostdeutschland jeweils separat zurechenbaren Reparationsleistungen sind noch die nicht sinnvoll aufteilbaren Reparationen Gesamtdeutschlands zu zählen. Ein großer Brocken war das entnommene geistige Eigentum. Die geschätzten Entwicklungskosten der gesamten deutschen Industrie dafür beliefen sich auf 10 Milliarden Vorkriegsmark. Entgegen der Annahme einer deutschen Sachverständigenrunde im Jahre 1948, wonach die Entwicklungskosten als Untergrenze des Wertes des Know-how-Transfers anzusetzen seien, bewertete die Firma Bosch ihren Verlust an geistigem Eigentum nur mit 65% der Entwicklungskosten. Das erscheint durchaus plausibel im Hinblick auf die Tatsache, daß die deutsche Forschung jahrelang wirtschaftlicher Autarkie sowie dem Krieg gedient hatte und nicht danach gefragt worden war, ob der Forschungsaufwand tatsächlich vom Markt vergütet werden würde. Unterstellt man daher, daß der genannte Prozentsatz repräsentativ für die deutsche Industrie insgesamt war, gelangt man zu 6,5 Milliarden Vorkriegsmark als Wert des entnommenen geistigen Eigentums. Ganz grob, umgerechnet in Nachkriegsdollars waren das etwa 3,7 Milliarden Dollar.¹⁰⁸ Weiterhin ging das deutsche Auslandsvermögen als Reparation verloren, dessen Wert nach dem Krieg von den USA mit rund 2 Milliarden Dollar angegeben wurde.¹⁰⁹ Auch die deutsche Handelsflotte mußte abgetreten werden, die einen Restwert von 267 Millionen Reichsmark (1938) hatte,¹¹⁰ also etwa 150 Millionen Nachkriegsdollars. Schließlich ist auch noch die Arbeitsleistung deutscher Kriegsgefangener zu berücksichtigen, deren Umfang auf mindestens 2 Milliarden Arbeitstage geschätzt wird.¹¹¹ Der Wert dieser Arbeit ist kaum zu beziffern. Geht man jedoch vom Bruttolohnniveau der deutschen Industrie im Jahr 1938 aus¹¹² und unterstellt eine Produktivität der Gefangenen von etwa 50% derjenigen des deutschen Industriearbeiters von 1938¹¹³ – und dementsprechend auch nur den halben Lohn als Preis der

108 Buchheim, Wiedereingliederung, S. 86 ff.; Gimbel (S. 152) rechnet demgegenüber allein für die USA mit einer Ersparnis von 5 Mrd. Dollar, geht aber unrichtigerweise davon aus, daß sich diese Summe bei Berücksichtigung des Gewinns von Großbritannien wohl verdoppeln müsse.

109 Fisch, S. 209.

110 Buchheim, Wiedereingliederung, S. 80 f.; Cairncross, S. 209.

111 Fisch, S. 215.

112 H. J. Müller, Nivellierung und Differenzierung der Arbeitseinkommen in Deutschland seit 1925, Berlin 1954, S. 60.

113 Bei IG-Farben wurde die Arbeitsleistung ausländischer Kräfte während des Krieges auf etwa 70% deutscher Arbeiter geschätzt; vgl. Milward, S. 233.

geleisteten Arbeit –, so erhält man für den Gesamtwert der Gefangenearbeit rund 6 Milliarden Vorkriegsmark bzw. 3,4 Milliarden Nachkriegsdollars.

Jetzt sind wir in der Lage, die Reparationsleistung Deutschlands insgesamt zu beziffern. Nach unserer Rechnung, die von anderen in der Literatur vorfindbaren Berechnungen abweicht, hat Westdeutschland nur 730 Millionen Nachkriegsdollars an Reparationen im engeren Sinne geleistet, Ostdeutschland dagegen 9,6 Milliarden. Dazu kamen dann nochmals 9,25 Milliarden Dollar an nicht auf Ost und West aufteilbaren Reparationen Gesamtdeutschlands.

An weiteren Belastungen infolge des verlorenen Krieges hatten West- und Ostdeutschland bis weit in die 1950er Jahre hinein erhebliche Besatzungskosten zu tragen. Allerdings wurden diese im Zuge der sich entwickelnden Frontstellung der beiden Blöcke zunehmend zum Substitut bzw. zur Ergänzung eigener Verteidigungsausgaben der entstehenden beiden deutschen Staaten. Hier werden sie daher nur bis 1949 berücksichtigt. Bis dahin hatte Westdeutschland einschließlich mit alliierter Militärmark finanzierter Besatzungskäufe und der finanziellen Erstausrüstung der Alliierten anlässlich der Währungsreform gut 22 Milliarden Mark an Besatzungskosten aufgebracht.¹¹⁴ Im gleichen Zeitraum beliefen sich die Besatzungskosten in der SBZ/DDR auf schätzungsweise 9 Milliarden Mark,¹¹⁵ die oben erwähnten Güterkäufe der Besatzungstruppen sind darin einbezogen. Umgerechnet ergeben sich also 6,3 bzw. 2,6 Milliarden Dollar.

Angestoßen von den Alliierten übernahm es die Bundesrepublik auch, diejenigen, die unter dem NS-Regime Unrecht erlitten hatten, wenigstens finanziell ein wenig zu entschädigen. Diese sogenannten Wiedergutmachungszahlungen sind heute noch nicht abgeschlossen. Bis Ende 1987 beliefen sie sich auf über 80 Milliarden DM.¹¹⁶ Davon gingen knapp 59 Milliarden DM ins Ausland.¹¹⁷ Diese letztere Summe ist insofern mit Reparationen und Besatzungslasten vergleichbar, als erstens ihr Zahlungsgrund im weitesten Sinne in Existenz und Untergang des Dritten Reiches gelegen ist und sie zweitens Ausländern zugute kam. Wenn auch ihr realer Wert, gerechnet zu Preisen beispielsweise von 1949, viel niedriger war – stieg doch der Preisindex für die Lebenshaltung zwischen 1949 und 1987 auf fast das Dreifache –,¹¹⁸ stellten sie dennoch die größte einzelne Leistung Westdeutschlands dar. Betragen sie doch preisbereinigt etwa 37 Milliarden DM (1949) oder ca. 10 Milliarden Dollar (1949). Die DDR hat etwas Ähnliches nicht geleistet. Man kann also feststellen: Die SBZ/DDR hat stellvertretend für Gesamtdeutschland einen unverhältnismäßig großen Anteil

114 Buchheim, Wiedereingliederung, S. 89 ff.

115 Cairncross, S. 207 f.

116 K. Heßdörfer, Die finanzielle Dimension, in: L. Herbst/C. Goschler (Hg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 57 f.

117 Deutsche Bundesbank (Hg.), 40 Jahre Deutsche Mark. Monetäre Statistiken 1948–1987, Frankfurt/M. 1988, S. 263.

118 40 Jahre Deutsche Mark, S. 7.

an den Reparationen im engeren Sinne aufgebracht, die alte Bundesrepublik dagegen hat, ebenfalls stellvertretend für Gesamtdeutschland, bis 1990 alleine erhebliche Wiedergutmachungszahlungen an die Juden und andere Opfer des NS-Unrechtsstaates geleistet.

Abschließend muß noch darauf hingewiesen werden, daß es einen Gegenposten zu den einseitigen ausländischen Belastungen Deutschlands gab. Das war die Hilfe, die Deutschland von öffentlichen und privaten Stellen empfangen hat. Private Hilfe aus westlichen Ländern floß auch Ostdeutschland zu. Sie ist schwer zu erfassen, und deshalb wird die private Hilfe hier ausgeklammert. Öffentliche Hilfe dagegen wurde, jedenfalls in größerem Umfang, nur Westdeutschland gewährt. Bis 1952 belief sich diese auf insgesamt gut 4,1 Milliarden Dollar, zumeist in Form von zinslosen Krediten, deren Rückzahlung im Londoner Schuldenabkommen von 1953 sehr großzügig geregelt wurde. U. a. wurde der zu tilgende Dollarwert der Hilfe nämlich um etwa 60% niedriger angesetzt.¹¹⁹ Zudem ist festzustellen, daß die mit dieser Hilfe finanzierten Nahrungsmiteleinfuhren zum Überleben der Bevölkerung in Westdeutschland in den ersten Nachkriegsjahren absolut unentbehrlich und durch nichts zu ersetzen waren – auch nicht durch den Verzicht auf jegliche Art ausländischer Belastung.¹²⁰

119 Buchheim, Wiedereingliederung, S. 68 ff.

120 Buchheim, Wiedereingliederung, S. 95 ff.

Tabelle 3: Zusammenfassung der von Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg getragenen Belastungen infolge ausländischer Ansprüche (brutto/netto); Milliarden \$ in Preisen von Ende der 1940er Jahre

	Ost- deutschland	West- deutschland	Gesamt- deutschland
Reparationen i. e. S.:			
Demontagen	2,6	0,6	*
Lieferungen aus laufender Produktion u. ä.	7,0	0,13	*
Entnahme geistigen Eigentums	*	*	3,7
Deutsches Auslandsvermögen	*	*	2,0
Handelsflotte	*	*	0,15
Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen	*	*	3,4
Insgesamt	9,6	0,73	9,25
Besatzungskosten	2,6	6,3	*
Wiedergutmachungszahlungen an ausländische Empfänger (bis 1987)	–	10,0	*
Empfangene öffentliche Auslandshilfe	–	4,1	*
Belastungen insgesamt, netto	12,2	12,93	9,25

Literatur

- W. Abelshäuser, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*, Stuttgart 1975
- W. Abelshäuser, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1945–1980)*, Frankfurt/M. 1983
- H. Barthel, *Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945–1949/50*, Berlin (Ost) 1979
- W. A. Brown Jr., *The United States and the Restoration of World Trade. An Analysis and Appraisal of the ITO Charter and the General Agreement on Tariffs and Trade*, Washington 1950
- C. Buchheim, *Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs. Ein Bericht der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft (Dokumentation)*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 34, 1986
- C. Buchheim, *Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958*, München 1990

- C. Buchheim, Wirtschaftliche Hintergründe des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 38, 1990
- A. Cairncross, *The Price of War. British Policy on German Reparations 1941–1949*, Oxford 1986
- The Collected Writings of John Maynard Keynes, Bd. XXVI, Cambridge 1980
- Deutsche Bundesbank (Hg.), *40 Jahre Deutsche Mark. Monetäre Statistiken 1948–1987*, Frankfurt/M. 1988
- Documents on British Policy Overseas, Serie I, Bd. I: *The Conference at Potsdam, July/August 1945*, London 1984
- J. Fisch, *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 1992
- Foreign Relations of the United States (FRUS) 1944*, Bd. I
- J. Gimbel, *Science, Technology and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany*, Stanford 1990
- B. Gleitze, *Ostdeutsche Wirtschaft. Industrielle Standorte und volkswirtschaftliche Kapazitäten des ungeteilten Deutschland*, Berlin 1956
- K. Heßdörfer, *Die finanzielle Dimension*, in: L. Herbst/C. Goschler (Hg.), *Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1989
- W. G. Hoffmann, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Berlin u. a. 1965
- R. Karlsch, *Bildung, Struktur und Arbeitsweise der SAG*, unveröff. Manuskript, Berlin 1992
- R. Karlsch, *Die Garantie- und Kreditbank AG – Hausbank der Besatzungsmacht in der SBZ/DDR von 1946 bis 1956*, in: *Bankhistorisches Archiv* 18, 1992
- R. Karlsch/J. Bähr, *Überlegungen zur Stellung der SAGen im Wirtschaftsgefüge der SBZ und ausgewählte Probleme ihrer inneren Entwicklung. Thesen und Fallstudien*, in: *Veröffentlichungen des Arbeitskreises für Kritische Unternehmensgeschichte*, Ruhr-Universität Bochum 1992
- A. Kramer, *Die britische Demontagepolitik am Beispiel Hamburgs 1945–1950*, Hamburg 1991
- B. Kuklick, *American Policy and the Division of Germany. The Clash with Russia over Reparations*, Ithaca u. a. 1972
- W. Matschke, *Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) von 1945 bis 1948*, Berlin 1988
- A. S. Milward, *Der Zweite Weltkrieg. Krieg, Wirtschaft und Gesellschaft 1939–1945*, München 1977
- W. Mühlfriedel/K. Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, Berlin (Ost) 1989
- H. J. Müller, *Nivellierung und Differenzierung der Arbeitseinkommen in Deutschland seit 1925*, Berlin 1954
- R.-D. Müller (Hg.), *Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew*, Boppard 1991
- O. Nübel, *Die amerikanische Reparationspolitik gegenüber Deutschland 1941–1945*, Frankfurt 1980
- Pre-war Regional Interdependence and Post-war Interzonal Trade in Germany*, in: *UN Economic Commission for Europe, Economic Bulletin for Europe* 1, 1949, Nr. 3
- Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard. Versuch einer Wirtschaftsbilanz*, Heft 1, Bremen 1948
- Die Reparationen der Sowjetischen Besatzungszone in den Jahren 1945 bis Ende 1953. Eine Fortführung der Untersuchungen von Dr. Franz Rupp über die Reparationsleistungen der sowjetischen Besatzungszone (=Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen)*, Bonn 1954
- G. W. Sandford, *From Hitler to Ulbricht. The Communist Reconstruction of East Germany 1945–46*, Princeton 1983
- F. Seume, *Organisationsformen der Industrie in der sowjetischen Besatzungszone*, in: *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen*, Berlin 1948
- R. Slusser, *Soviet Economic Policy in Postwar Germany*, New York 1953

- Die sowjetische Hand in der deutschen Wirtschaft. Organisation und Geschäftsgebaren der sowjetischen Unternehmen (= Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen), Bonn 1953
- Teheran, Jalta, Potsdam. Konferenzdokumente der Sowjetunion, hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Bd. 2: Die Krim(Jalta)konferenz 1945, Köln 1986
- Teheran, Jalta, Potsdam. Konferenzdokumente der Sowjetunion, hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Bd. 3: Die Potsdamer (Berliner) Konferenz 1945, Köln 1986
- R. Wagenführ, Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945, Berlin 21963
- W. Zank, Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1987

Zusammenfassung

Zunächst wird in dem Gutachten die materielle Ausgangslage in beiden Teilen Deutschlands geschildert. Wesentliches Ergebnis dieses Abschnitts ist, daß der mobile Kapitalstock der deutschen Industrie nach dem Krieg trotz Kriegsschäden größer und moderner als zuvor war, was, aufgrund der spezifischen Investitionspolitik des NS-Regimes, ganz besonders für das Gebiet der nachmaligen DDR gegolten hat. Insofern war die DDR, wäre die Zentralplanwirtschaft nicht gewesen, also nach dem Krieg im Vergleich zu Westdeutschland sogar begünstigt.

Das zweite Kapitel handelt dann von der alliierten Reparationsplanung und -politik im und nach dem Krieg bis 1948. Ausgehend von der objektiven Interessenlage der drei Hauptalliierten bezüglich deutscher Reparationsleistungen wird der Verhandlungsprozeß zwischen ihnen hierüber bis zum Potsdamer Beschluß der Teilung Deutschlands als Reparationsschuldner nachgezeichnet sowie das Scheitern der letzten Ansätze einer gemeinsamen Reparationspolitik sowie der Behandlung Deutschlands als wirtschaftlicher Einheit dargestellt.

Der dritte Abschnitt beschäftigt sich mit Fragen der konkreten Durchführung von Demontagen und Reparationen, getrennt nach Ost- und Westdeutschland. U. a. wird hierin auf die Sowjetischen Aktiengesellschaften in der SBZ/DDR, auf die Politik Frankreichs bezüglich der Wirtschaft der französischen Zone sowie auf die sogenannte Entnahme geistigen Eigentums eingegangen.

Den Abschluß des Gutachtens bildet eine begründete ziffernmäßige Abschätzung der gesamten Belastungen Deutschlands, die zur Erstellung der folgenden Tabelle führt:

Tabelle: Zusammenfassung der von Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg getragenen Belastungen infolge ausländischer Ansprüche (brutto/netto); Milliarden \$ in Preisen von Ende der 1940er Jahre

	Ost- deutschland	West- deutschland	Gesamt- deutschland
Reparationen i. e. S.:			
Demontagen	2,6	0,6	*
Lieferungen aus laufender Produktion u. ä.	7,0	0,13	*
Entnahme geistigen Eigentums	*	*	3,7
Deutsches Auslandsvermögen	*	*	2,0
Handelsflotte	*	*	0,15
Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen	*	*	3,4
Insgesamt	9,6	0,73	9,25
Besatzungskosten	2,6	6,3	*
Wiedergutmachungszahlungen an ausländische Empfänger (bis 1987)	–	10,0	*
Empfangene öffentliche Auslandshilfe	–	4,1	*
Belastungen insgesamt, netto	12,2	12,93	9,25